

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einleger in der Post-Beitragungs-Vereinsliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beitzelle oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntagabend, den 22. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Schach den Umstürzern!

Die sächsischen Landtagswähler, die am Donnerstag den Landtags-Wahlkreis Meerane, Hohenstein-Ernstthal und Limbach den vereinigten Umstürzern entzogen, haben den Umstürzern, die dem sächsischen Volk sein wichtigstes sächsisches Landesrecht entreißen wollen, die passendste Antwort gegeben. Das sächsische Volk ist nicht gewillt, sich entrechten und im eigenen Lande mundtot machen zu lassen. Hierin es thatsächlich: sie werden in die dritte Klasse verwiesen.

Es hat den Handschuh, den man ihm hingeschleudert hat, aufgenommen und ist entschlossen, für sein gutes Recht mit allen Kräften zu kämpfen. Schach den Umstürzern! Der 20. Februar war ihnen eine Warnung. Wird sie von ihnen verstanden werden?

Von den massenhaften Protestversammlungen sagten die Herren Umstürzler: „Das war Krethi und Plethi — das Groß der Wähler denkt anders!“ Nun, jetzt haben sie zu den Protestversammlungen die Protestwahl. Der fragliche Wahlkreis war, seit das sächsische Wahlgesetz besteht, das jetzt umgestürzt werden soll, im Besitze der Konservativen. Jetzt am Vorabend der Ausführung des Attentats auf das Wahlrecht hat die Wählerschaft dieses konservativen Wahlkreises sich mit großer Mehrheit für den Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen wirklichen Ordnungspartei erklärt, — der einzigen Partei, in deren Munde das Wort Ordnung kein Hohn, keine Heuchelei, keine blutige Satire ist.

Was am Donnerstag die Wähler in hellen Häusern an die Wahlurne trieb, das war der brennende Zorn darüber, daß ihnen, die nun mehr als ein Vierteljahrhundert lang das Wahlrecht ausgeübt haben, dieses ihr Recht geraubt und ihnen damit die politische Mündigkeit im Staate Sachsen entzogen werden soll. Denn alle Wähler, welche am 20. ds. Mts. für den sozialdemokratischen Kandidaten, und außerdem gut drei Viertel davor, die für den Umstürzkandidaten des Geldsacks stimmten, verlieren ihr Wahlrecht, wenn das Wahlrechts-Attentat zur Ausführung gelangt. Das heißt: sie verlieren ihre Wahlrechte, wenn das Wahlrechts-Attentat zur Ausführung gelangt. Das heißt: sie verlieren ihre Wahlrechte, wenn das Wahlrechts-Attentat zur Ausführung gelangt.

Die dritte und unterste Klasse das ist in ihrer Art dasselbe, was bei den Indiern die unterste Klasse — die Klasse der Parias: alle diejenigen werden in sie hineingeworfen, die im Staat und der Gesellschaft nichts zu sagen haben.

Da behaupten die Herren Attentäter allerdings mit unschuldiger Miene und sich zwingend, ernsthaft zu scheinen:

„aber wir wollen ja niemand entrechten — im Gegenteil, wir wollen den 8 Mark-Zensus abschaffen und dadurch 150 000 Bürgern, die bisher nicht wählen konnten, das Wahlrecht erteilen. Also nicht Wahlrechtsbeschränkung, sondern Wahlrechtsausdehnung.“

Wenn das nicht polizeiwidrige Lüge ist, ist es zynischer Hohn.

Gewiß, das Wahlrecht, d. h. das Recht, einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen, soll ausgedehnt werden — aber das so ausgedehnte Recht ist nur ein Scheinrecht, ist wertlos, ja ist schlechter als gar kein Recht. Denn es ist eine Täuschung — ein Trug.

Nehmen wir an, das „ausgedehnte“ Wahlrecht werde annähernd derselben Zahl zu teil, wie das Reichstagswahlrecht. Gut — es sind in Sachsen ungefähr 700 000 Reichstagswähler. Nach dem Attentats-Wahlgesetz-Entwurf würden, den sächsischen Einkommensteuerlisten entsprechend, in runder Summe 9000 auf die erste, 80 000 auf die zweite und 600 000 auf die dritte Klasse entfallen. Die 89 000 Wähler der beiden ersten Klassen haben demnach doppelt so viel Wahlstimmen als die 600 000 der dritten Klasse, und sie haben diese doppelte Majorität für jede einzelne Wahl, so daß die Wähler der dritten Klasse niemals einen eigenen Kandidaten durchbringen können. Die Durchbringung eines Kandidaten wäre bloß möglich mit Hilfe der Wähler einer der beiden, oder der beiden oberen Klassen; und wo die Klassenunterschiede so schroff und das Klassenbewußtsein der kapitalistischen Klasse so ausschließlich ist, so intolerant ist, wie in Sachsen, da ist an derartige Kompromisse gar nicht zu denken — ganz abgesehen davon, daß sie der Arbeiter unwürdig wären.

Gewiß, die Geldsack der ersten und der zweiten Klasse haben ein „warmes Herz“ für die Arbeiter und sie haben das so oft beschworen, daß wir ihnen glauben müssen — aber das „warme Herz“ schlägt nur für die Arbeiter, deren Herz für den Geldsack schlägt; und sündmalen nach dem heiligen Geldsack-Evangelium zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeit Harmonie herrscht, sind das auch die einzig richtigen Vertreter der Arbeiterinteressen. Und solche Arbeiter werden die Geldsack der ersten und zweiten Klasse mit Vergnügen als Kandidaten annehmen. So gut sie Handelskammer-Sekretäre und andere Kommiss in die Landtage und den Reichstag schicken, können sie auch einige gutgesinnte Arbeiter schicken — es steht sogar schon da.

Kurz — die Herren Wahlrechts-Attentäter haben in einer besonderen Anrede an die Wähler ihr Wort gegeben, künftig, d. h. wenn das Attentat gelungen ist, auch Arbeiter

in die Kammer wählen zu wollen — nur dürfen es keine Sozialdemokraten sein. Nun — da zu brauchen die Arbeiter kein Wahlrecht — auch kein Scheinwahlrecht.

Ein paar Ideologen der bürgerlichen Parteien machen seit mehreren Tagen Anstrengungen, das Attentat zu verhindern. Verschiedene Professoren, darunter der arme Sohn, bei dem der Jurist dem Politiker weniger Schaden gethan zu haben scheint, als neulich im Reichstag der Politiker dem Jurist, — haben eine sehr eindringliche Petition an den sächsischen König und die sächsischen Kammer gerichtet. In entsetzlich schamhaftem Stil — woher es nur kommt, daß die deutschen Professoren mit unserer schönen deutschen Sprache auf so gespanntem Fuß stehen? — sagen die gelehrten Herren einige für deutsche Professoren ganz vernünftige Dinge. Allein was wird es nützen. Der König soll gegen das Wahlrechts-Attentat sein. Aber in derartigen Fällen sind die Könige konstitutionell — sie lassen die Minister thun und fallen ihnen nicht in die Arme. Und die Minister nebst ihren Handlangern in der Kammer arbeiten mit Hochdruck, um die fatale Operation möglichst bald hinter sich zu haben.

Ob sie die Warnung des Donnerstag verstanden? Gehört ward sie sicher. Doch wenn der Karren schon eine so große Strecke der abschüssigen Ebene hinuntergerollt ist, dann giebt es kein Aufhalten mehr. Haltetipolter gehts abwärts —

Unseres Amtes ist es nicht, die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft zu wahren. Mag der Karren im Abgrund zerschellen — das geht die an, welche drin sitzen. Uns verschlägt's nichts. Wir sitzen nicht im Karren. Wir haben festen Boden unter den Füßen; wir kennen unser Ziel, und nichts, was nicht zu überwinden wäre, liegt zwischen uns und dem Ziel.

Der Karren ist groß. Und mancher, der noch nicht drin sitzt, schickt sich an, hineinzuspringen. Auch außerhalb Sachsens. Das amtliche Organ der sächsischen Regierung, das „Dresdener Journal“, suchte gestern die Notwendigkeit des Wahlrechts-Attentats aus den Reichstags-Verhandlungen nachzuweisen. Der Sozialdemokratie muß auch der Reichstag versperrt werden. Sonst ist das sächsische Attentat ein Schlag ins Wasser, oder Selbstschuß, der nur den Schützen trifft. Wohlau — Jeder ist seines Schicksals Schmied.

Wer und was immer mit dem Karren in den Abgrund hinabstürzt — die Kultur hat nichts dran verloren. Die Sozialdemokratie ist auf dem Plan — sie wacht darüber, daß nicht bloß Europas Völkern, sondern den Völkern aller Weltteile die heiligsten Güter gewahrt werden.

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von O. W. M. von Walthausen.

Da sah Rüdorf den ihm wohlbelannten Polizeirath schnell auf zwei Männer zueilen, die in Wortwechsel begriffen schienen.

Er hörte im Vorbeigehen nur unklar etwas von Dieb und Mörder, aber er erkannte deutlich Clotilden und ihren Mann.

Er beobachtete von weitem das Paar und sah wie Langenberg mit seiner Frau nach dem Hotel d'Angleterre ging, wo hinein beiden der Polizeirath folgte, mit einem, trotz der Zivilkleidung, kenntlichen Polizisten.

Mehrere Male ging Rüdorf vor dem Hotel auf und ab, doch bemerkte er nichts Auffälliges mehr.

Er nahm sich vor, später noch einmal hier vorüber zu gehen.

Er sann hin und her, doch fand er keine Erklärung für diesen seltsamen Vorfall, der in ihm lange Beforgniß für Clotilden hinterließ, denn sie hatte erschrocken ausgesehen und beim Gehen geschwankt.

Da klopfte ihm einer seiner Freunde, der ihn gesucht, auf die Schulter und rief ihm ins Gedächtniß, daß er längst erwartet werde.

In diesem trauten Kreise mochte es heute lange gedauert haben, ehe man sich trennen konnte; es war schon spät, als Rüdorf ging, um mit seinem Schwager wieder zusammenzutreffen. Von einem Pärchen, welches im heftigen Wortwechsel an ihm vorübereilte, hörte er die Worte: „Mann! Mann! Du wirst doch das nicht thun!“ „Laf mich, ich habe alles verloren!“ „Ja, auch den Kopf, sonst würdest Du an Deine Töchter und mich denken.“ Darauf verschwand das Paar im Dunkel der Nacht. Rüdorf konnte noch immer den Gedanken nicht los werden, es müsse Clotilden ein Unglück zugestoßen sein, er mußte noch einmal am Hotel d'Angleterre vorübergehen.

Er stand eine Weile davor, da wurde die Thür geöffnet und Langenberg sah heraus.

Rüdorf lauschte noch, ob etwa ein Hilferuf ertönte;

als er nichts vernahm, ging er. Doch kaum hatte er einige Schritte vorwärts gethan, so stieß er wieder auf das Paar, welches ihm vor kurzem begegnet war, und sah dasselbe mit einander ringen; die Frau suchte dem Mann einen Revolver aus der Hand zu winden. Rüdorf war schnell entschlossen. Den Mann mit der linken Hand am Kragen, mit der rechten Hand an seinen Arm fassen war das Werk eines Augenblicks. Der Mann bog sich rückwärts, erschrocken, als hätte ihn der Böse schon vor der That gepackt, sein Arm hob sich aufwärts und der Schuß ging in die Luft. Rüdorf erfaßte die Waffe und schleuderte sie in den nahen Bach. Er ging weiter und noch ehe die zu Tode erschrockenen Eheleute wieder zur Besinnung gelangten, war Theodor lachend verschwunden.

Au dem Hause, das der Verabredung nach zum Zusammenkunftsort bestimmt, stand schon der Wagen.

Auch seine Schwester mit ihrem Manne war schon da und drängte zur Heimfahrt.

Sie stiegen ein und der Kutscher fuhr die Lichtenthaler Allee hinab. Nahe der Brücke hielt er plötzlich die Pferde an, da er bemerkte, daß ein dunkler Körper den Weg versperrte.

Der Kutscher sprang ab und sah mit Schrecken das Hinderniß.

Vor den Hufen der Pferde lag ausgestreckt eine menschliche Gestalt.

„Was giebt's?“ fragte der Oberförster.

„Ach Gott,“ rief der Kutscher, „hier liegt ein weibliches Wesen auf der Straße!“

„Was sagen Sie!“ rief der Oberförster und sprang aus dem Wagen.

Theodor und seine Schwester folgten.

„Sie regt sich nicht — sie ist todt,“ sagte der Kutscher und drängte die Pferde zurück.

„Sie ist nicht todt,“ sagte der Oberförster, der sich zu der Gestalt niederbeugte, sie athmet noch. Der Kleidung nach ist es ein Mädchen aus feinem Hause,“ fuhr er fort.

Die Oberförsterin sagte nach einem Arm, betastete den Puls und sagte: „Sie ist noch warm, sie kann von einer Ohnmacht befallen hier umgefallen sein, hebt sie empor, hier können wir sie nicht liegen lassen.“

„Hier muß ein Arzt herzu,“ sagte der Oberförster, „aber wo einen finden?“

„Ich weiß Rath,“ sagte Theodor. „Im Hotel dort an der Allee wohnt der Doktor Langenberg, wir heben die Bewußtlose in den Wagen und fahren sie dahin, der Doktor kann ihr dann den ersten Beistand leisten.“

„Nun gut,“ sagte der Oberförster, „ich steige in den Wagen, ihr hebt sie empor und ich nehme sie ab.“

Rüdorf sah an den Armen, der Kutscher an den Knien das vermunnte Mädchen an und sie trugen es zum Wagen.

Unwillkürlich mußte Rüdorf an den Wintertag denken, wo er die lebensfrohe Clotilde in seinen Armen gehalten, er ahnte in der Dunkelheit nicht, daß er auch jetzt Clotilden trug, die in einem Fieberanfall fortgelaufen und hier bewußtlos zusammengebrochen war.

Der Oberförster zog die Ohnmächtige in den geräumigen Wagen, legte sie mit dem Gesicht an die Polster und hob ihre Füße auf den breiten Fond. Die Oberförsterin hielt sie und kniete vor ihr, damit sie nicht falle.

Die beiden Männer nahmen ihr gegenüber Platz. Der Kutscher wendete um und bald hielt der Wagen vor dem Hotel d'Angleterre.

Der Oberförster hatte schon die Wagenthür geöffnet, er stieg aus und ging auf die Hausthür zu.

In diesem Augenblicke kam ein Mann herbeigeeilt, der ebenfalls in das Hotel wollte.

„Verzeihung! Sie wohnen wohl hier, redete der Oberförster den Ankommenden an, kennen Sie den Dr. Langenberg?“

„Der bin ich selbst.“

„Ach, Herr Doktor, wir haben da eine Ohnmächtige im Wagen, wollen Sie nicht —“

„Wer ist denn die Kranke?“

„Wir kennen sie selbst nicht.“

„Ich bin hier nicht praktizirender Arzt, ich habe Eile, meine Frau liegt im Fieber. Hier ist ein Fläschchen, reiben Sie der Ohnmächtige mit diesem Aether die Schläfe ein und halten Sie ihr denselben unter die Nase.“

„Aber Herr Doktor —“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. Februar.

Im Reichstag waren gestern die Zuckerkarte noch nicht auf ihren Plätzen, da die Frage, ob das Zuckergezei noch vor der Pause beraten wird, erst heute zur Entscheidung kommt. Die Konservativen sollen ihre Mandate telegraphisch nach Berlin beordern haben, um dafür zu sorgen, daß die Zuckerinteressenten möglichst schnell die 60 Millionen Liebesgabe einstreichen können. Es war die Stille vor dem Sturm, welche die Reichstags-sitzung beherrschte. Die Resolutionen der Budget-Kommission betreffs des Dienstalterszulagen-Systems standen zur Verhandlung. Singer hatte eine Zusatz-Resolution beantragt, durch welche der Reichstagskanzler aufgefordert wird, die den höheren und mittleren Beamten zugeordneten Vortheile auch auf die Unterbeamten auszubehnen. Ebenso verlangte Singer, daß allen Beamten bei ihrer Anstellung die Zeit vom Tage des Dienstantritts an als diätarische Dienstzeit angerechnet wird. Wir verweisen auf den Sitzungsbericht, aus dem der Leser ersehen wird, daß die Sozialdemokratie wieder einmal allein blieb mit dem Versuch, eine Forderung der Gerechtigkeit zu erfüllen. Konservative, Zentrum und Nationalliberale sprachen zwar von ihrem warmen Herzen für die Unterbeamten, zu mehr reichte es jedoch nicht. Die Resolutionen der Kommission wurden angenommen, die weitergehenden Anträge Singers dagegen abgelehnt.

Die übrigen Gegenstände wurden im Galopp erledigt. Eine längere Diskussion fand nur bei dem Etat des Invalidenfonds statt. Bei diesem Kapitel kamen die alten Klagen der Invaliden zum Vortrag. Die Regierung hatte wohlwollende Worte, aber kein Geld für die verlangten Zuschüsse zu den knappen Pensionen.

Morgen stehen ein paar Etats, Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die zweite Beratung des Etats für Handel und Gewerbe fort. In den einflussreichen Gang der Debatte, die sich wiederum hauptsächlich um die Frage des Fortbildungsschulwesens drehte, brachte nur der Nationalliberale von Gynern einige Abwechslung, der auch heute einen kleinen Kulturkampf zu entfesseln suchte. Er warf dem Zentrum vor, daß es die Einführung des Religionsunterrichts in Fortbildungsschulen nur zur Förderung des konfessionellen Streites wünsche und daß es bei der letzten Stichwahl in Dortmund für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt habe. Die Nationalliberalen können offenbar den Schmerz über die Entfernung des Herrn Müller aus dem Reichstage nicht verwinden, sonst würde der Abg. Gynern nicht bereits zum zweiten Mal in dieser Session im Abgeordnetenhaus die Dortmund-Wahl zur Sprache gebracht haben. Wie früher, so unterstützte auch diesmal sein Freund Dr. Sattler diese Ausführungen. Namens des Zentrums gab Abg. Dabach die Erklärung ab, daß die Zentrumspartei in Dortmund Wahlenthaltung proklamiert habe, da die dortigen Nationalliberalen kurz vorher das Zentrum beschimpft hätten; im übrigen sei nicht nachgewiesen, daß ein Mitglied des Zentrums für Lütgenau gestimmt habe. Nach diesem Zwischenfall wurde die Etatsberatung wieder aufgenommen, die am Sonnabend fortgesetzt wird. Auf der Tagesordnung steht noch der Etat der Eisenbahnen.

Quousque tandem! — Wie lange noch soll es geduldet werden! rief vor fast 2000 Jahren der Römer Cicero dem Verschwörer Catilina und den catilinarischen Exilanten zu, die unter dessen Führung das römische Reich in ihre Gewalt bringen wollten, um es auszuplündern.

Heute ruft die „Kreuz-Zeitung“ das Quousque tandem! den Sozialdemokraten zu, weil sie die Krebsgeschäden unserer modernen Gesellschaft ausbrennen und die Ausplünderung der ehrlichen Leute durch die Catilinarier verhindern wollen.

Es ist die verkehrte Welt. Was Catilina und seine Catilinarier vor 2000 Jahren gewesen, das sind heute die Herren Agrarier, die in Hammerstein noch heute ihren Parteiführer hätten, wenn die spießbürgerliche Moral nicht noch so viel Macht besäße, daß die Staatsanwaltschaft sich ins Mittel legen mußte.

Vor 2000 Jahren wurde das Quousque tandem! den Catilinarier zugerufen.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann soll an einem dramatischen Märchen arbeiten.

Theaterchronik. Vom Igl. Opernhaus ist eine neue zwölfte Oper „Das Glöckenspiel“ von J. Ulrich, dem (französischen) Komponisten der Oper „Der Voss“, die im vorigen Jahre in der Charlottenburger Flora aufgeführt wurde, zur Aufführung angenommen worden. Der Text der im Französischen „Le Carillon“ genannten Oper ist von B. Scheuß und J. Méry verfaßt und von Volken-Bäckers ins Deutsche übertragen. — Ein Staatsstück, eine neue Bearbeitung des Scriver'schen Lustspiels „Minister und Seidenhändler“ von Axel Delmar, ist von der Igl. Generalintendant für das Schauspielhaus zur Aufführung angenommen. — Im Deutschen Theater erscheint Ernst von Wolzogen's „Lumpenkindel“ diesen Sonntag zum ersten Male in einer Nachmittags-Vorstellung. — Das Berliner Theater hat die Aufführung der neuesten dramatischen Dichtung von Wilbrandt, „Hairau“, die für den März geplant war, im Einverständnis mit dem Dichter hinausgeschoben. „Hairau“ wird mit Herrn Sommerhoff in der Titelrolle voraussichtlich erst im Herbst d. J. in Szene gehen. — „Der Richter von Zalamea“ ist von der Generalintendant der Hoftheater dem Neuen Theater für das Baumeister-Gastspiel freigegeben worden. Das Gastspiel des Künstlers wird am 2. März mit der Aufführung dieses Stückes eröffnet werden. — Das Belle-Alliance-Theater veranstaltet heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, eine Volksvorstellung unter Regie des Herrn Lück; es kommen Schiller's „Münch“ zur Aufführung. Sonntag Nachmittag geht, ebenfalls als Volksvorstellung, „Wilhelm Tell“ in Szene. — An dem Ferdinand Freiligrath gewidmeten Dichterabend, den das Schiller-Theater im Bürgercafé des Rathhauses Sonntag, den 23. d. M. veranstaltet, wirken als Sängerin Fräulein Jeanne Golt, als Sprecher Fräulein Grete Meyer und die Herren Ewald Bach und Paul Pauly mit, den einleitenden Vortrag hält Adalbert von Hanstein. Der nächste Dichterabend wird Paul Heyse gewidmet sein; den einleitenden Vortrag wird Dr. Eduard Engel halten.

Mitngen-Reichenbach-Narkovicz. Uns wird von einem Leser geschrieben: „Durch die Presse geht (auch von uns erwähnt. Red.) eine Notiz, wonach am Sonnabend Nachmittag im Hotel Continental der russische Staatsdrath von Narkovicz-Joblo Mitglied und Mitarbeiter des kaiserlichen Instituts für experimentelle Medizin in Petersburg) hochinteressante Mittheilungen über neuere Entdeckungen auf dem Gebiete der Elektrizität, Physiologie und Elektrotherapie gemacht hat. Dieser kurzen Notiz nach handelt es sich um elektrische Ausstrahlungen des menschlichen Körpers und deren photographische Aufnahme.“

Heute rufen die Catilinarier den ehrlichen Leuten das Quousque tandem! zu.

Jürwahr — wir haben es herrlich weit gebracht. —

Polizei, Maizeitung und Telephon. In der Strafsache wider Redaktion und Verlag der „Halberstädter Sonntags-Zeitung“ wegen Verbreitung verbotener Schriften (§ 28 des Gesetzes über die Presse) wurde Genosse Fritz Kunert heute als Zeuge auf Anordnung des Amtsgerichts hieselbst im Geschäftshause desselben von dem Untersuchungsrichter vernommen, nachdem in gleicher Sache bereits früher ein Dutzend anderer Zeugen geladen waren. Der als Zeuge geladene und mit der üblichen „zwangsweisen Vorführung“ bedrohte Genosse sagte unter seinem Eide aus, daß ihm von dem genau vor zehn Monaten Geschehenen wenig erinnertlich sei. So viel er wisse, sei die „Halberstädter Sonntags-Zeitung“ weder von ihm, noch einem seiner Kollegen im „Vorwärts“ telegraphisch, telephonisch oder sonst auf eine Art von der erfolgten Konfiskation der Maizeitung vor dem 27. April 1896 benachrichtigt worden.

Im Laufe dieser Vernehmung wurde die Rede derselben und der Protokollaufnahme insofern unterbrochen, als der Herr Amtsrichter auf einen Punkt zu sprechen kam, der für weite Kreise nicht ohne Interesse sein dürfte. Er machte den Zeugen nämlich darauf aufmerksam, daß das Berliner Polizeipräsidium in der vorliegenden Strafsache eine dahingehende aktenmäßige Bekundung gemacht habe, daß von der Redaktion des „Vorwärts“, und zwar durch die Redakteure Kunert und Braun über die Beschlagnahme der Maizeitung vom April 1895 telephonisch diverse Nachrichten verbreitet worden seien.

Daraus ergibt sich ein naheliegender Vergleich. Wie ein parlamentarischer geschulter Redner über das Ohr des „hohen“ Hauses, dem er angehört, zu verfügen pflegt, so findet auch der „Vorwärts“ mit unbedingter Sicherheit bei dem Berliner Polizeipräsidium Gehör. Der Unterschied liegt freilich darin, daß der Parlamentsredner gehört sein will, während der „Vorwärts“ keine Vorliebe dafür hat, von Unbefugten, insbesondere von dem Hörgorgan des Berliner Polizeipräsidiums verstanden oder mißverstanden zu werden, wenn er telephonische Privatgespräche mit Freunden oder Bekannten hat. —

Welcher Art mag das polizeiliche Hörgorgan sein? —

Betreffs der Verhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäsche-fabrikation und Konfektionsbranche hatte der Staatssekretär des Innern im Reichstage mitgeteilt, daß Maßregeln zur Besserung der in diesen Betrieben bestehenden Zustände in der Vorbereitung begriffen seien. Es besteht nun, wie die amtliche „Berliner Korrespondenz“ mittheilt, zunächst die Absicht, in Ausführung des § 154 Absatz 3 und 4 der Gewerbe-Ordnung die Vorschriften der §§ 135 bis 139b über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, welche gegenwärtig nur für Fabrikbetriebe gelten, auch auf die Werkstätten zur Anwendung zu bringen, in denen die Anfertigung von Kleidern oder Wäsche stattfindet. Sodann ist der Kommission für Arbeiterstatistik die Aufgabe gestellt worden, mit thunlichster Beschleunigung über die Lage der Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche und der Wäschehererei näher aufzuklären.

Bekanntlich beschränken sich, schreibt die „Korrespondenz“, die neuerdings laut gewordenen Beschwerden nicht nur auf die übermäßig lange Dauer der Arbeitszeiten, sondern betreffen auch eine Reihe anderer in den betreffenden Betriebszweigen hervorgetretener Mißstände. Insbesondere wird darüber Klage geführt, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in den Werkstätten und in den Wohnräumen der Heimarbeiterinnen ungünstig seien und hierdurch nicht allein die Gesundheit der Arbeiterinnen geschädigt werde, sondern auch eine Gefährdung der Gesundheit des Publikums herbeigeführt werden könne, welches die unter so ungünstigen sanitären Verhältnissen hergestellten Waaren in Gebrauch nehme. Ferner wird geltend gemacht, daß das System der Zwischenmeister, durch deren Vermittelung in der Konfektionsbranche die Ueberweisung der Arbeit zu geschehen pflegt, einseitige Lohnfürzungen und Uebervorteilungen für die Arbeiterinnen mit sich bringe. Endlich wird nicht nur über die geringe Höhe der Löhne, sondern vielfach auch über Unregelmäßigkeiten und Verzögerungen bei der Lohnzahlung, über Weiterungen bei der Ausbändigung der

Diese neue Entdeckung des Herrn Nordvitz ist nun keineswegs neu, sondern bereits in den fünfziger Jahren von v. Reichenbach gemacht worden. v. Reichenbach nannte diese Ausstrahlung Ob- und glaubte sie auf magnetischen Ursprung zurückführen zu müssen. Seine Experimente, auf die ich hier, um den Raum des „Vorwärts“ nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, nicht näher eingehen will, unternahm er in einem absolut dunklen Zimmer; und schon nach kurzen Aufenthalt in denselben konnten empfindliche Personen Lichterscheinungen oder obische Ausstrahlungen, wie sie von Reichenbach nannte, vernehmen an den Extremitäten und dem menschlichen Haupte wahrnehmen. Aus letzterer Thatsache leitet v. R. die Deutung des Moses und auch den Heiligenschein ab. — Da aber nicht jeder Mensch, sondern nur sogenannte feinstufige Personen, unter denen sich allerdings Mediziner, Chemiker, Naturforscher u. s. w. befinden, diese Lichterscheinungen wahrnehmen konnten, so wurde v. Reichenbach's Entdeckung von den Zunftgelehrten ignoriert, verächtet, seine diesen Gegenstand behandelnden „Ob-Magnetischen Briefe“ auf den Index gesetzt; ja Herr Dubois-Reymond erklärte v. Reichenbach sogar feierlich für verrückt.

Dies hat nun aber alles nicht die feststehende Thatsache aus der Welt schaffen können; im Gegenteil ist es jetzt der Wissenschaft gelungen, den exakten Beweis für die v. Reichenbach'sche Entdeckung zu erbringen, den Beweis, der v. R. nur unvollkommen gelungen war, denn auch er hatte versucht, und theilweise mit Erfolg, diese Ausstrahlungen auf der Platte zu fixiren. Auch die Röntgen'sche Entdeckung läßt sich sehr gut mit der vor langen Jahren von v. R. gemachten vereinbaren, wie Dr. Karl du Prel im letzten Heft der „Zukunft“ sehr treffend nachweist, nur daß er zum Schluß seiner rein sachlichen Ausführungen wieder sein unvermeidliches okkultistisches Stedensperder reiht. Indem ich für diejenigen, welche sich näher informieren wollen, auf diesen Artikel verweise, gestatte ich mir zum Schluß nur noch eines kleinen Poëms Erwähnung zu thun, welches im letzten Heft der Münchener „Jugend“ veröffentlicht wurde und in dem es am Schluß heißt:

Und Dubois-Reymond ist blamirt;
Hört wieder mit Verdruß,
Daß sich ein Forscher niemals schämt
Um Ignorabimus!

Nicht folgt ihm, wer geistig jung
Des Wissens Schätze mehrt.
Drum fort mit allem, was den Schwung
Des Jugendmuths beschwert.“

Die Redaktion giebt diese Zuschrift lediglich ihres interessanten Inhalts wieder, ohne daß sie sich anmaßt, auf dem hier betretenen schwierigen Gebiete irgendwie Partei zu ergreifen.

Arbeit und der Entgegennahme der fertig gestellten Waaren sowie über sittliche Mißstände gellagt, welche im Verkehr der Arbeiterinnen mit ihren Auftraggebern vorkommen sollen. In allen diesen Richtungen soll die Kommission für Arbeiterstatistik die erforderlichen Ermittlungen unter Vernehmung von Auskunftspersonen aus den betheiligten Kreisen vornehmen und über das Ergebnis sich gutachtlich äußern. —

Der 21. Februar — der auf nächsten Montag fällt — ist der 48. Gedenktag der französischen Februarrevolution, deren Folge in Deutschland die Märzrevolution war. Die Februarrevolution knüpfte an die Wahlreform-Bewegung an. Unter Louis Philippe war das Stimmrecht nur ein paar mal hunderttausend Wohlhabenden und Reichen ertheilt, die das Monopol der Gesetzgebung natürlich zu ihrer Bereicherung ausnutzten — wie jede herrschende Klasse das thut, die an der „Klinke der Gesetzgebung“ sitzt. Die demokratischen Massen forderten Ausdehnung des Stimmrechts, Wahlreform. Und für die Wahlreform wurde auf sogenannten Reformbanketten agitirt. Am 22. Februar 1848 wurde ein für Paris anberaumtes Reformbankett verboten — das führte zu Unruhen, die zur Revolution anschwellen und am 24. Februar 1848 den Thron des korrupten Bürgerkönigs weglegten.

Nächsten Sonntag und Montag gedenkt man nun in Paris zum Gedächtniß der Februar-Revolution wiederum Reformbankette abzuhalten — jedoch nicht für Wahlreform, denn die Franzosen haben das allgemeine Stimmrecht und zwar ganz uneingeschränkt (vom 21. nicht wie wir erst vom 25. Jahre), — aber für die Verfassungsumformung.

Und wenn die Reformbankette des Jahres 1896 auch nicht so unmittelbaren und schnellen Erfolg haben werden wie die des Jahres 1848, so wird das Ziel: Beseitigung des Senats und Demokratisierung der französischen Verfassung doch unzweifelhaft erreicht werden. —

Bezüglich des Majestätsbeleidigungs-Prozesses gegen den Demokrat Dr. Duidde in München wird von der Frankfurter Zeitung bemerkt, die Staatsanwaltschaft sei durch sozialdemokratische Zeitungen auf die inkriminirten Worte aufmerksam geworden. Leider haben verschiedene unserer Parteiorgane eine Münchener Korrespondenz ausgenommen, die allerdings betreffs der Rede des Herrn Duidde recht ungeschickte Wendungen enthielt.

Eine Absicht der Denunziation hat aber selbstverständlich nicht vorgelegen. Und der Verfasser jener Korrespondenz würde es gewiß selber am allerlebhaftesten bedauern, wenn er den Prozeß veranlaßt hätte. Das ist jedoch nicht anzunehmen, fanden die Äußerungen doch in Gegenwart der Polizei statt — was obendrein auch den unserer Meinung nach ganz harmlosen Charakter jener Worte und jedenfalls die Abwesenheit einer beleidigenden Absicht erweist. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer zu Metz in Lothringen verurtheilt in ihrer Sitzung vom 18. d. M. zwei Italiener, den 45-jährigen Maurer Dominik Gasparini, geboren in Martinengo und zur Zeit in Krentlingen wohnhaft, und den 36-jährigen Arbeiter Gugole, geboren in St. Bortelo und zur Zeit in Nohlingen wohnhaft, wegen Majestätsbeleidigung zu 6 bezw. 9 Monaten Gefängniß. Beide Vergehen wurden in Wirthschaften begangen.

In Frankreich hat sofort nach Ablauf des „Faschings-friedens“ der politische Kampf wieder begonnen. In der Deputirtenkammer erhielt das Ministerium, welches seinen Standpunkt konsequent und fest vertrat, eine noch größere Majorität als in der vorigen Woche. 309 gegen 185 Stimmen gaben ihm ein Vertrauensvotum; und auch der Justizminister, der sich den besonderen Haß der „Cometen“ zugezogen hatte, bekam für sich persönlich eine, wenn auch nicht ganz so bedeutende Majorität. (S. unter Frankreich.)

Der Senat scheint etwas eingeschüchtern zu sein. Er hat auf ein weiteres Tadelvotum verzichtet. Die Trauben hängen zu hoch. —

Aus Afrika kommen überaus ungünstige Nachrichten für die Italiener. Die wenigen Eingeborenen, die es bisher noch mit Baratieri hielten, fallen an abzufallen. Menelik — das wird jetzt offiziell zugegeben — hat die italienischen Stellungen umgangen; und die italienische Armee ist in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Die telegraphische Verbindung mit der Küste und aus Italien ist bereits unterbrochen. Wenn nicht ein Wunder geschieht, erscheint eine schwere Katastrophe unvermeidlich. Die Italiener zählen gegen 30 000 aktive Truppen — ohne die Eingeborenen, auf die kein Verlaß mehr ist. Das ist eine ziemlich bedeutende Streitmacht, aber sie soll sehr schlecht ausgerüstet sein. Gegen 10 000 Mann sind als Verstärkung unterwegs, sie können jedoch vor der Entscheidung kaum auf dem Kriegsschauplatz eintreffen. Die Crispi-Presse gesteht ein, daß die Lage gefährlich ist; und man glaubt allgemein, die Regierung sei im Besitz weit schlimmerer Nachrichten, als sie veröffentlicht läßt. Und schon begimmt Herr Crispi — in echt Bismarck'scher Weise — die Verantwortlichkeit für die afrikanische Expedition, die sein ureigenstes Werk ist, auf andere zu schieben. Das wird ihm freilich nichts nützen; die Wahrheit ist zu bekant, und eine Niederlage in Afrika wird ihn auch ihren Rückschlag ausüben. —

Kuba. Die Vereinigung der Heerhaufen von Gomez und Maceo wird jetzt auch von den Spaniern offiziell zugegeben. Die Insurgenten bringen immer weiter vor — auch nach den spanischen Berichten — obgleich auch spanische Berichte vorliegen, die — zum 20. Male — den Tod des Insurgentenführers Maceo melden. Inzwischen sind auch schon wieder diplomatische Bemühnisse zwischen Spanien und Kuba anlässlich der Blockade eingetreten. Wir stehen augenscheinlich am Anfange des Endes. —

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat bei dem Besessen der Mitglieder des brandenburgischen Provinziallandtages eine recht bilberreiche Rede gehalten:

Als er im Herbst vorigen Jahres das Meher-Schlachtfeld besuchte, habe er im Geiste die „Kompanien und Regimenter der alten Märlar“ geschaut, wie sie vorüberzogen, ihren blutigen Lauf verfolgend. „Und da ist mir zum ersten Male die volle Größe der That, die die Märlar für ihren König im großen Kriege gethan hat, klar geworden, und in meinem Herzen regte sich das Gelübde, daß für die Leute, die solches haben thun können, nichts zu hoch, nichts zu viel sei, als daß es ihr Markgraf thun möchte, um sich bei ihnen zu bedanken.“ Dann wandte sich der Kaiser der Rede der

Eröffnungsfest des Nordostsee-Kanals zu: „Als sich die „Hohenzollern“ der Einmündung des Kaiser-Wilhelmskanals näherte, war die Nacht im Verschwinden. Ein schweres Gewitter stand über uns und Blitz und Donner wechselten rasch miteinander ab — ein gewaltiges Schauspiel! Es schien die Natur in großer Aufregung zu sein. Da ein solches Gewitter die Eröffnung, ja die ganze Feier in Frage stellen konnte, regte sich doch die Besorgnis in meinem Herzen, ob uns auch dies gelingen möge. Denn es war das große Werk, welches mein Herr Großvater angefangen hatte, welches unter den Augen der gesamten Welt der Vollendung entgegen ging, und eine angsterfüllte Bitte rang sich aus meinem Herzen, ob der Himmel uns wohl ein gnadenreiches Zeichen geben würde, und ob es uns beschieden sein würde, den schönen Tag zu erleben? Die Bitte wurde erhört; als die „Hohenzollern“ in den Kanal einlief, stieg die Sonne strahlend aus dem Gewölke empor. „Nun, meine Herren“, fuhr der Kaiser unmittelbar nach dieser Erzählung fort, „das ist das Fazit, das wir aus den vergangenen 25 Jahren gezogen haben; dies ist der Rückblick. Nun erwacht aber auch für uns die Pflicht für die Zukunft. Das, was wir erlebt, das, was geschehen, verdanken wir doch nur dem großen Kaiser Wilhelm und seinem Gottvertrauen. Die ganze Feier, die sich im letzten Jahre abgespielt hat, gipfelte nur in der Verherrlichung dieser uns geradezu heilig gewordenen Persönlichkeit.“

Den Schluß der Rede bildete ein Appell an die deutschen Frauen, speziell die Mütterinnen, die stets eingedenk sein mögen, daß sie uns eine brave, tüchtige Generation junger Mütter voll Gottvertrauen und Zuversicht heranbilden helfen.“

Der Erzbischof von München-Freising scheint über die Kriegserinnerungen weniger enthusiastisch zu denken:

Der Anblick des besiegten Feindes, der Anblick der tausende von den Edeln und Weisen, die im Kampfe gefallen und als Leichen das Schlachtfeld bedecken, die Erinnerung an die Seufzer und Schmerzensrufe der Verwundeten, an die Feuergluth lodender Häuser, an alle die Ruinen, an alle die zertrümmerten und zerstampften Hüter, welche das Gefolge des Krieges sind, lassen, so schreibt er in seinem letzten, die Sedanfeier freudigen Postenbriefe, in dem warmfühlenden Christenherzen eine vollständige, ungetrübte Festfreude nicht recht aufkommen.“ Es giebt eben verschiedenes Christentum! —

Oesterreich.

Bei der ersten Lesung der Wahlreform-Vorlage erklärten die parlamentarischen Vertreter aller Parteien ihre grundsätzliche Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage. Nur die Jungesuchen und der radikale Antihone Romancier verhielten sich als unbedingte Anhänger des allgemeinen Stimmrechtes ablehnend. Aus verschiedenen Erklärungen ging, wie die „Voss-Ztg.“ meldet, hervor, daß wesentliche Änderungen nicht durchzuführen wären und daß das Beharren auf Änderungen das Zustandekommen der Wahlreform mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit vereiteln würde. Einige Tiraden des Ministers Falkenhayn, der von der Nothwendigkeit, zu Gott zurückzuführen, sprach, wurden von dem Antisemiten Zueger in sehr scharfer und eindrucksvoller Weise zurückgewiesen. „Man soll mit dem Worte Gott“, sagte Zueger, „nicht spielen. Würde der Herrgott auf der Erde erscheinen und in das Haus der Abgeordneten gewählt werden, so würde er gewiß nicht dem Hohenwartklub als Mitglied beitreten. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber auch der vereinigte Linke würde unser Herrgott nicht beitreten.“ Präsident: „Das verlezt unsere Gefühle!“ (Gelächter bei den Antisemiten.) Zueger: „Nein, er würde der Linke nicht beitreten!“ Präsident: „Bitte, nicht in dieser Weise fortzufahren, weil das die Gefühle der Gläubigen verlezt.“ Zueger: „Ich muß mich dagegen verwahren, daß man den Gottesglauben mit Bestrebungen von Junkern identifizirt. (Beifall bei den Antisemiten, Widerspruch im Zentrum.) Es ist nicht zulässig, daß der Glaube an Gott in Verbindung gebracht wird mit dem Wahlrechte des Großgrundbesitzer, mit Privilegien einzelner Klassen. Wenn das geschieht, so muß die Laugel des Spottes über diese Leute ausgegossen werden, damit man weiß, daß dies ein Mißbrauch Gottes wäre. Wäre Jesus Christus heute wieder unter uns, er würde zwar nicht gekreuzigt werden, aber der Staatsanwalt würde ihn um dieser privilegierten Klassen willen wegen gewisser Reden einsperren. (Erneuter Widerspruch. Beifall bei den Antisemiten.) —

Frankreich.

Ueber die Donnerstagsitzung der Deputiertenkammer entnehmen wir der „Vossischen Zeitung“ folgenden Bericht:

Nach Erledigung eines unwichtigen Punktes begründete Chanden seine Anfrage über die Widersprüche des Justizministers Ricard. „Ich bin“, sagte Chanden, „kein Gegner der Neuerungen, welche die Regierung plant; ich habe sie bisher unterstützt. Auch ich will Aufhebung aller Vergewaltigungen und Bestrafung aller Schuldigen, welchen Rang es auch sein, aber ich will keine Verdächtigung Unschuldiger und keine Ungleichheiten in der Rechtspflege. Die Kammer hat vorigen Donnerstag der allgemeinen Politik des Kabinetts ihr Vertrauen ausgedrückt, heute handelt es sich aber nicht um die allgemeine Politik, sondern darum, ob der Justizminister in den Gang der Rechtspflege eingegriffen hat. Das aber hat er gethan, wie aus seinen Anweisungen an den obersten Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter hervorgeht.“ Justizminister Ricard: „Ich habe den Fall Kempler schon viermal dargestellt; ich bin bereit, es so oft zu thun, wie Sie wünschen. Mir war von der Kammer die Pflicht auferlegt, die Südbahnuntersuchung zu einem Ergebnis zu bringen. Bis Ende 1895 war eigentlich nichts geschehen. Gewisse Gerichtspersonen haben zu Vertrauten ihrer Amtsgeheimnisse Politiker genommen, die zugleich ihre Verwandten sind; das ist ungebührlich. Ich soll Regelmäßigkeiten begangen haben, solche bestehen aber nicht. Depoitteins Ernennung erfolgte genau nach dem Verkommen. Einen Brief Kempler's habe ich nie erhalten; von einem Einspruch Kempler's erfuhr ich nichts. Deramel: „Es giebt in Paris schon 27 Untersuchungsrichter, wozu haben Sie einen achtundzwanzigsten ernannt? Jaurès: Für Panama allein wären 104 erforderlich. (Gelächter.) Ricard: Um Ihnen zu zeigen, wie Kempler seine Untersuchung geführt hat, nur eine Thatsache. Er hatte in den Departements, wo die Meridionalbahn liegt, noch keine einzige Vernehmung veranstaltet. Kempler's Brief an den Staatsanwalt ist mir erst nach Depoitteins Ernennung bekannt geworden; er hätte aber keinen Einfluß auf meine Entscheidung gehabt, auch wenn ich ihn früher gefannt hätte. Die Ueberwachung von Untersuchungen fasse ich als meine Amtspflicht auf; sie ist kein unerlaubter Eingriff in den Gang der Rechtspflege.“ (Händeklatschen auf der äußersten Linken.) Barthou tadelt Ricard's Vorgehen in heftigen Ausdrücken. Man hat niemals das Haupt der Rechtspflege sich so herabwürdigend sehen. Vorsitzender Brisson: Sie können sich solcher Worte nicht bedienen.“ Barthou: „Ich muß dennoch sagen, daß das Zimmer des Justizministers ein verrufener Ort geworden ist, wo es Angebereien regnet; ich bin auch Minister gewesen, ich habe auch Klarheit gewollt, aber ich habe immer zwischen sittlich tadelnswürdigen, parlamentarisch zu verurtheilenden Handlungen und Straftaten, die den Richter angehen, unterschieden.“ Die Minister sagen, sie wissen, weshalb wir sie angreifen. So sagen Sie es doch! Wärdeten Sie etwa untersuchen, daß wir nicht volles Licht wünschen? Ich würde dafür nur Verachtung haben.“ Ricard wiederholt, er habe nur seine Pflicht gethan und jede ruhig dem Urtheil der Kammer entgegen. Ribot: Wir haben die Untersuchung der Südbahnfrage begonnen, uns aber aus Gesetz gehalten, Sie verquiden absichtlich die Rechtsfrage des

Vorgehens Ricard's mit der allgemeinen Politik. Nehmen Sie sich in acht. Sie lassen sich vom lärmenden Theil der Kammer fortreißen, der einen Durchsichts- und Umwälzungsfeldzug beginnen will, schützen Sie die öffentliche Ordnung, morgen ist es dazu vielleicht zu spät. Bourgeois: „Ich erkläre mich mit Ricard verbunden, der den Ministerath von der Rechtmäßigkeit seiner Handlungen überzeugt hat. Wir lassen uns von niemand fortreißen und bleiben unserm Programm treu. Wir haben das Eigenthum und die Ruhe der Straße zu schätzen gewußt und werden es weiter thun. Vor dem Senat können wir uns nicht beugen, so lange die Kammer uns das Gegentheil befiehlt.“ Ribot: „Welchen Zweck hat Ihr neutliches Berufsgeheimnis-Gesetz? Sie liebäugeln mit den Sozialisten.“ Bourgeois: „Wir suchen die Arbeiterschaft zu verfühnen.“ Ribot: „Ihre Politik führt nothwendig zur Ohnmacht und zu gefährlicher Erregung.“ Sarrrien beantragt folgende Tagesordnung: „Die Kammer bestätigt ihre Abstimmung vom 19. Februar, erneuert der Regierung den Ausdruck ihres Vertrauens und geht zur Tagesordnung über.“ Bourgeois verlangt die Annahme dieser Tagesordnung. Poincaré: „Sie vertheidigen die Sonderangelegenheit Ricard's hinter ihrer allgemeinen Politik. Sie haben Angst vor einer offenen Abstimmung.“ Bourgeois: „Ich möchte Herrn Poincaré doch bitten, Ausdrücke, wie Angst haben, nicht anzuwenden. Sie beleidigen mich persönlich; wenn Sie selbst keine Angst haben, so beantragen Sie doch offen einen Tadel gegen Ricard.“ Cassere: „Ich beantrage, der Sarrrien'schen Tagesordnung den Satz anzufügen: Die Kammer bedauert das Eingreifen des Siegelbewahrsers in den Gang der Rechtspflege.“ Die Kammer beschließt mit 288 gegen 238 Stimmen zuerst über Sarrrien's Tagesordnung abzustimmen. Sie nimmt dann diese, also eine Vertrauensänderung für die Regierung, mit 309 gegen 185 Stimmen an und lehnt Cassere's Zusatz, die Tadeläußerung gegen Ricard allein, mit 279 gegen 234 Stimmen ab. —

England.

In Unterhause wurde die englische Regierung gefragt, ob sie es abgelehnt habe, mit Deutschland gemeinsam für die Förderung eines internationalen Münzabkommens dadurch zu wirken, daß sie die indischen Münzstätten dem Silber wieder eröffnen. Der erste Lord des Schatzes Balfour erklärte darauf, das Gerücht sei nicht wahr, da Deutschland der englischen Regierung in betreff eines internationalen Münzabkommens nicht näher getreten sei, und daß die englische Regierung geru gemeinsam mit der indischen Regierung die Frage der Wiedereröffnung der indischen Münzstätten in Erwägung ziehen würde, wenn eine solche Maßregel sich im Interesse einer Währungsreform als praktisch erweise. Das stimmt nicht recht mit den Erklärungen, die von der deutschen Regierung abgegeben sind und wird von unseren Vimektalisten voransichtlich wieder nach Kräften ausgeschlachtet werden. —

Der Bericht des Handelsamtes über Streiks und Arbeitssperren ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Streiks und Arbeitssperren des Jahres 1894 haben den Vereinstaxen der englischen Arbeiter 1 200 000 M. gekostet. Die Arbeitgeber verloren die Fünftel eines Kapitals von 180 000 000 M., welches brach lag. Die Einigungs- und Schlichtsgerichte haben 1894 1365 Arbeitsstreitigkeiten geschlichtet, so daß es nicht zur Niederlegung der Arbeit kam.

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

An die Arbeiterschaft Berlins. Die außerordentliche Ausdehnung, welche der Kampf in der Konfektionsbranche angenommen hat und der Zustand, daß bei den erbärmlichen Löhnen der Arbeiter dieselben sofort unterstellt werden mußten, und der weitere Zustand, daß es bei Ausbruch des Kampfes an allen Baarmitteln fehlte, hat es nothwendig gemacht, daß die Fünfer-Kommission Darlehen aufnehmen mußte. Die Deckung dieser Schulden ist Ehrensache und wir richten deshalb an die Arbeiterschaft das Ersuchen, die Sammlungen auch jetzt nachdem der Streik beendet ist, noch fortzusetzen und die eingehenden Gelder an die bisherigen Adressen abzuliefern.

Die Fünfer-Kommission.

In einer Reihe öffentlicher Versammlungen hat sich die große Mehrheit der Arbeiterschaft der Konfektion mit den Ergebnissen der Einigungsverhandlungen einverstanden erklärt und sich für Beendigung des Streiks ausgesprochen. In ein paar Versammlungen suchten zwar unberufene Elemente dadurch im Erüben zu fischen, daß sie Beschlüsse für Weiterführung des Streiks provozierten ein Versuch, der vereinzelt auch gelang. Wir müssen den Herren natürlich die volle Verantwortung für ihre Beschlüsse zuschieben. Die Fünfer-Kommission, deren Haltung im ganzen bisher von der erdrückenden Mehrheit der interessirten und organisirten Arbeiter gebilligt worden ist, wird auch für die Folge mit aller Entschiedenheit, aber auch unter klarer Beurtheilung der Sachlage handeln. Wir lehnen es aber ab, für die Handlungen und daraus resultierende Folgen unsinniger Schreier mit verantwortlich zu sein. Was bisher nicht erreicht wurde und zu erreichen war, kann nur durch die geschlossene und zielbewusste Thätigkeit der Organisation erreicht werden.

Die Fünfer-Kommission.

Nachdem die Grundlagen der Beilegung des Streiks für die Herren- und Knabenkonfektion am Mittwoch vor dem Einigungsamt, die der Damen- und Kindermädchelnbranche dagegen durch freie Vereinbarung zwischen den Kommissionen der streitenden Theile festgelegt worden sind, haben gestern Nachmittag die Arbeiter und Arbeiterinnen in elf großen Versammlungen auch ihrerseits sich mit den Resultaten der Kommissionsverhandlungen beschäftigt. Die Versammlungen verliefen zum Theil recht stürmisch, da in fast allen eine heftige Opposition gegen die Beendigung des Kampfes gemacht wurde. In allen Versammlungen vertheilten Anhänger der Anarchisten ein von Herrn Landauer unterzeichnetes Flugblatt. Zur Beschlußfassung lag den Versammlungen folgende Resolution vor:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den von der Fünfer-Kommission abgeschlossenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt einverstanden; sie erwartet jedoch die energische Fortsetzung der Verhandlungen zur Anbahnung eines festen Minimaltarifes für alle vorkommenden Arbeiten. Nur so sind stabile Verhältnisse zu schaffen. Mit den von der Fünfer-Kommission mitunterzeichneten Bedingungen für die Mäntel- und Kinder-Konfektion erklären sich die Versammelten gleichfalls einverstanden und sehen hierin einen Schritt zur Anbahnung geordneter Arbeitsverhältnisse. Es ist Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branchen, nur dort zu arbeiten, wo die gemeinsam festgesetzten Bedingungen durchgeführt werden.“

Der Streik wird hierdurch für beendet erklärt. Die Fünfer-Kommission wird für die Folge mit der weiteren Vertretung der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen beauftragt.“

Im Köllnener Hof war auch diesmal, wie immer während der Lohnbewegung der Saal misfamt den Gallerien dicht gefüllt. Etwa 1000 Personen, fast ausschließlich Frauen und Mädchen waren anwesend. Timm hatte das Referat und führte etwa folgendes aus: Wir stehen jetzt etwa 14 Tage im Kampfe. Heute liegen Ihnen die Abmachungen der letzten Tage zur Entscheidung vor, über die Sie, wie ich hoffe, mit der gewohnten Ruhe verhandeln werden. Es ist hier ein Flugblatt gegen die Beendigung des Streiks verbreitet worden, welches von einer Seite ausgeht, die sich bis jetzt weder an den Kämpfen noch an den Gelddopfern zum Streik beteiligt hat. Wir sind uns bewußt, die Interessen der Arbeiter in volstem Maße gewahrt zu haben. Es war von Anfang unserer Bewegung an unser Bemühen, auf friedlichem Wege unsere Forderungen durchzusetzen, und erst als die friedliche Erreichung unserer Forderungen unmöglich war, wurde der Generalstreik erklärt. Ob unsere Gegner recht haben, wenn sie behaupten, wir hätten in frivoler Weise den Streik angezettelt, das mögen Sie selbst beurtheilen. Wir haben den Vorschlägen, die uns gemacht wurden, deshalb zugestimmt, weil wir der Meinung sind, daß wir gegenwärtig nicht mehr erreichen konnten. Auch die Konfektionäre erklärten uns vor dem Einigungsamt, daß sie den Streik noch einige Wochen aushalten könnten. Auch das mußte unsererseits berücksichtigt werden. Der Redner schildert die Verhandlungen vor dem Einigungsamt, und verliest die dort erfolgten Abmachungen, die auch von den Anhängern der sog. radikalen Richtung der Kollegen (Kulick und Frau Subela) mit beabsichtigt seien. Von den Zwischenmeistern wurde uns gesagt, daß viele Arbeiterinnen sich gar nicht am Streik beteiligten, und daß sie selber sich dem Streik nicht anschließen könnten. Man müßte ein schlechter Vertreter der Arbeiter sein, wenn man all diese Gründe bei der Entscheidung nicht berücksichtigen würde. Unsere Organisation ist bisher von den Kollegen arg vernachlässigt worden, daher waren die Geldmittel im Hinblick auf die große Menge der Streikenden nur knapp. Wenn auch viele Kollegen und Kolleginnen in unerwarteter Weise auf Unterstützung verzichtet haben, so hätten wir doch nach ungefähre Schätzung diese Woche etwa 30 000 M. und nächste Woche 45 000 M. gebraucht. Der Verfasser des hier verbreiteten Flugblattes, der sich so radikal geberdet und sich vermaß, in unsere Bewegung einzugreifen, hat bis jetzt nicht weiter für den Streik gethan, als 23,50 M. gesammelt. Wenn Sie, verehrte Kollegen, heute beschließen, daß Sie weiter streiken wollen, so muß ich Ihnen sagen, daß Sie es auf Ihre Kosten thun müssen, denn es ist nicht genug Geld vorhanden; und da wir trotz aller Bemühungen auch nicht mehr herbeischaffen können, so dürfen wir, um die große Menge der Unterstützungsgesuche zu berücksichtigen, auch die Weiterführung des Streiks nicht empfehlen. Unsere Erfolge sind groß genug, wenn wir bedenken, daß wir diese mit einer nahezu unorganisirten Masse errungen haben. Da unsere Vereinbarungen noch nicht endgültig sind, so ist es Sache der Organisation, für die Zukunft mehr zu erringen. Redner schildert nun die Verhandlungen über die Einigung in der Damenmädcheln-Konfektion. Anfangs wollten die Konfektionäre die Fünfer-Kommission nicht anerkennen, nach Ausbruch des Streiks luden sie uns aber doch ein. Hätten wir die Abmachungen nicht angenommen, so wäre die Gegenpartei einfach über uns hinweggegangen. Wir sind mit dem größten Opfermuth in den Kampf eingetreten und haben denselben nach besten Kräften geführt. Es würde jetzt einen günstigen Eindruck auf die weitesten Kreise machen, wenn wir auf Grund der gemachten Vorschläge heute den Frieden schließen. Zwar haben wir nicht alles erreicht, was wir gefordert haben, aber die Schuld daran ist vor allem denen zuzuschreiben, die bisher der Organisation fern standen. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion sprachen 6 Redner für die Weiterführung des Streiks. Sie bemängelten den zu niedrigen Lohnzuschlag, der von manchen Meistern schon am Anfang des Streiks gewährt worden sei, auch erklärten sie, ohne Unterstützung weiter streiken zu wollen. Die Stimmung der Versammlung schien zunächst zweifelhaft, da den für Fortsetzung des Streiks eintretenden Rednern zum Theil erster, zum Theil ironischer Beifall gespendet wurde. Nachdem aber Timm nochmals eingehend den Stand der Dinge dargelegt hatte, wurde die Resolution mit allen gegen 6-8 Stimmen angenommen und die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Denselben zustimmenden Verlauf nahm die Versammlung im Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße, in der Frau Reimann referirte und die Resolution mit großer Majorität angenommen wurde. Auch in Sanssouci, in der A. Holz sprach, gelangte die Versammlung zu demselben Schluß.

Im Prater, Rastanien-Allee, beschloß man nach einem Referat des Genossen Pfeiffer, dem sich eine sehr lange Diskussion anschloß, den Streik in der Damenkonfektion aufzuheben, aber den Zustand in der Herrenkonfektion fortzuführen.

Dagegen wurde in den Versammlungen S. in e m ü n d e r Gesellschaftshaus, bei Grändel, Brunnenstraße, und bei Rieß, Weberstr. 17, nach heftiger Diskussion die Resolution abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

In Joel's Festalen referirte Jean v. Gyzicki und beauftragte in der ihr eigenen ruhigen und sachlichen Weise die Annahme der vorstehenden Resolution. Die Anarchisten waren in dieser Versammlung sehr zahlreich erschienen und so war es gelungen, daß Herr Landauer zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde. Derselbe empfahl eine Gegenresolution zur Annahme, nach welcher sich die Anwesenden verpflichteten, weiter zu streiken. Das Wort führten dann auch in der Diskussion fast ausschließlich einige Anarchisten. Mit welchen Proben herumgeworfen wurde, mag der Ausdruck eines Redners bezeugen, der den Arbeitern empfahl, weiter zu streiken, auch wenn sie vor die Klotzmillimeter getrieben würden. Trotz der Bemühungen einiger ruhiger Elemente triumphirten die anarchischen Maulhelden und brachten ihre Resolution zur Annahme.

Ueber die Versammlungen, welche in Ahrens' Brauerei sowie in Meyer und bei Paster abgehalten wurden, war am Schluß unseres Blattes ein Resultat noch nicht eingegangen.

Tante Voh und das Proletariat der Konfektionsindustrie. Für die streikenden Schneider und Schneiderinnen der Konfektionsbranche war der „Vossischen Zeitung“ von einem Herrn ein Geldbetrag zugesandt worden. Die Expedition schickte jedoch das Geld mit dem Bemerkten zurück, daß für diesen Zweck Gelder nicht angenommen würden. — Es ging auch ohne „Ihr“.

Aus Stettin geht uns folgender Aufruf zu: Die elende Lage der Konfektionsarbeiter und Näherinnen beschäftigt gegenwärtig alle Bevölkerungsklassen Deutschlands. In fast allen Orten, wo Konfektion gefertigt wird, ist der Versuch gemacht, die kräftigsten Mischstände in dieser Industrie zu besitzigen. Im Gegensatz zu Stettin ist das Unternehmertum fast überall in eine sachliche Prüfung unserer Forderungen eingetreten. Die Stettiner Konfektionäre (26 Firmen) haben einen Ring gebildet, um die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen niederzukämpfen und damit unsere Lebenslage noch tiefer herabzudrücken.

Es steht zweifellos fest, daß, wenn die Unternehmer siegen, alle diejenigen dauernd ausgesperrt werden, die im Wortertheil dieser Bewegung stehen. Es sind gegenwärtig ca. 2000 Mann am Streik beteiligt, in den nächsten Tagen werden sich dem noch ca. 2000 Näherinnen anschließen. Hier ist es Ehrensache aller denkenden Arbeiter, so

schnell wie möglich mit einzugreifen. Doppelt hilft, wer schnell hilft. Die Lohnkommission der Schneider und Näherinnen Stettins. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Leonhard Faust in Stettin, Restaurant Buron, Rosengarten 6, L.

In Kiel beschäftigte sich am Mittwoch Abend eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung mit den Forderungen der Berliner Konfektionsarbeiter. Die Referentin, Frau Köhler aus Wandersbeck, schilderte in ergreifender Weise das Elend der Konfektionsarbeiterinnen und legte die Schäden dar, die durch das Schwitzsystem in diesem so vielen Proletariatsbeschäftigung gebenden Industriezweig verursacht sind. Durch eine einstimmig angenommene Resolution erklärten sich die Arbeiter Kiels solidarisch mit den im Auslande befindlichen Konfektionsarbeitern Deutschlands und verpflichteten sich, Konfektionsartikel nur in solchen Geschäften zu kaufen, die ihre Waaren dabei beziehen, wo den gestellten Forderungen entsprochen wird. Die Diskussion über das Referat ergab, daß auch die Konfektionshändler (Konfektion wird in Kiel nicht angefertigt) mit den Konfektionsarbeitern sympathisieren, überhaupt es der Wunsch der ganzen Bevölkerung ist, wenn die in diesem Gewerbe so trassen Mißstände endlich einmal beseitigt werden.

Wie tief die Löhne in der Konfektionsindustrie gesunken sind, zeigt eine Mitteilung, die von der „Unterfränk. Volkstribüne“ über die Lage der Konfektionsarbeiter Schweinfurt's veröffentlicht wird. In einem Flugblatt der dortigen Schneider heißt es: „Ende der 80er Jahre wurde für eine Hose 80—90 Pfg. bis 1 M. und 1 M. 20 Pfg. bezahlt und wurde die Arbeit leichter gemacht; heute bekommen wir 25—30 und 40 Pfg., in seltenen Fällen für Kammergarnhosen 50 Pfg. Noch schlechter werden die Westen bezahlt. Sados wurden früher bezahlt mit 2 M., 2 M. 50 Pfg. bis 3 M., heute bekommen wir 60, 70 bis 80 Pfg. bis 1 M. 50 Pfg., das letztere ist aber schon Kammergarn-Sados. Dasselbe trifft bei den Paletots und Mänteln zu.“

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:

Zigarettenbude Dora, Uferdomstraße 1, 25. Personal R. Schüssel, Seydelstr. 7, 6, 80. Pflanzerverein Südost 10.—, A. T. 1.—, V. A. 1.—, Zeichenbegängnis Südost 2.—, Arbeiter-Sängerbund Berlin 300.—, Verein Schleimtopf 3.—, Durch P. Singer für 2. 1000.—, Von den Beamten der Orts-Krankenkasse und dem Budiker An der Stadtbahn 46 abg. d. Herrmann 5, 70. Medallion B. 1.—, Gesammt im Zatterieck Jägerhaus durch Buchmüller II 1, 10. Konsumliste Buchdruckerei S. S. Hermann 10.—, F. T. Briz 4.—, G. S. Nixdorf 1.—, Lithographen, Steindruck und Berufsgehilfen 57, 60. Zigarettenfabrik A. Nates, Posenerstr. 17 5.—, Durch B. Stabernack 4.—, Von einig. Arb. der Firma E. Zander 3, 70. Schraubendr. Eggert 2.—, Deutsche Sonnenblume 3.—, Aus bürgerlichen Kreisen II. Rate 1500.—, Perimeterarbeiter bei Groszinski u. Eifenack 29.—, Regellub Alte Jakobstraße 2.—, Berliner Studenten III. Rate 30.—, Gesammt in einem Lehrerinnen-Seminar 15.—, Orientalischer Rauchklub 3, 75. Athletenklub „Derastes“ 5.—, Flugtauben-Verein Columbia 5.—, P. u. Ko. 1, 50. Statklub Tourne, Wrangelstr. 84, 10.—, Von den Bäckerei-Arbeitern Brunnenstr. 178 4, 50. Gesangverein Epyha 10.—, Zehn Arbeiter und Arbeiterinnen der Alumnifabrik Ritterstraße 23 4.—, Oppenheim'sche Schuhfabrik, Berlin 12, 50. Gesangverein „Deutsche Eiche 1“ 10.—, Schlosserei S. Scherbel, Prenzlauerstraße 6, 4, 20. Zweigverein Berlin der Barbier u. Friseur 3.—, B. B. 48 2.—, Arbeiter-Gesang. Vineta d. Stunpe 10.—, Vom Pflanzerverein Neffe 5.—, Germanicus 5.—, S. H. 3, 30. Rauchklub Grüne Eiche 5, 25. Rauchklub Eichach 5.—, Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Duisberg 17.—, Rauchklub Waldesgrün Forststraße 22 10.—, Aus bürgerlichen Kreisen 500.—, Von den verrotteten Frauen und Mädchen Berlins 20.—, Schirmstofffabrik A. Wendt, Stralauerstraße 56 8.—, Gesammelt von den Freunden freierlicher Bestrebungen 9, 95. Nicht Marxist 5.—, Allg. Deutsch-Oester. Arbeiterverein Kopenhagen 20, 24. „Heißliche Landeszeitung“, 2 Rate 100.—, Gewerkschaftskommission Hildesheim, vorläufig, 150.—, Sozialdemokratischer Arbeiterverein Apenia 29, 95. W. Wendt, Berlin 2, 95. Gesammelt am Punschabend bei Albert Kuerbach in Gegenwart eines Konfektionsarbs, dieser natürlich ausgeschlossen 7, 80. Organisierte Buchdrucker in Glogau 20.—, Von den Genossen in Glogau 5.—, R. Paffner in Al. Gl. 3.—, G. in R. 14, 95. Ortsverein der Porzellanarbeiter Moabit 29, 95. Summa 4134.—, Marx. Vereis quittiert sind 18 028, 06 Marx. Gesamtsomme der bei unserer Expedition eingelieferten Beiträge 22 162, 06 M.

Partei-Nachrichten.

Zur letzten sächsischen Landtagswahl. Am 19. d. M., dem Tag vor der Wahl, fanden in Meerane, Hohenstein-Ernstthal und Pindab Versammlungen statt, die massenhaft besucht waren. In den beiden letztgedachten Orten sprachen Auer und Liebnicht über die Bedeutung dieser Wahl, als einer Protestwahl gegen das Attentat, welches die sächsischen Ordnungsparteien auf das Wahlrecht zu machen im Begriff sind.

Gewerkschaftliches.

An die Holzarbeiter Deutschlands!

Wie Ihr aus der Arbeiterpresse ersehen habt, sind die Tischler Berlins Montag, den 17. Februar in den Streik getreten. Unsere Forderungen: 5 1/2 stündige Arbeitszeit pro Woche (Montag und Sonnabend 8 Stunden, die anderen Tage 9 Stunden Maximal-Arbeitszeit) sowie Minimal-Abschlagszahlung von 21 M. pro Woche, sind in den meisten Werkstätten bewilligt. In einer Reihe von Werkstätten, die in ihrer Mehrzahl Spezialbranchen angehören, ist die Arbeit eingestellt worden, weil die Forderungen nicht bewilligt wurden. Unter diesen Werkstätten befindet sich auch die Nähmaschinenfabrik von Friker u. Kohnmann. Dort wurde bisher 58 Stunden gearbeitet und Löhne wurden erstgilt von 15—21 M. Diese Firma sucht nun, um die berechtigten Forderungen unserer dort beschäftigten Kollegen zu umgehen, in den ärmsten Gegenden Deutschlands (Neustädte, Schneeberg, Sonneberg u.) durch Annoncen Tischler für ihre Fabrik und gibt dabei an, daß sie als gute Akkordarbeiter bis 30 M. verdienen könnten. Kollegen! Fallt den kämpfenden Berlinern nicht in den Rücken, beweist vielmehr Euer Solidaritätsgesühl. Ihr eripart Euch dadurch auch vielfache Enttäuschungen, denn nicht 30 M. würdet Ihr verdienen, sondern, selbst wenn Ihr Euch nach Wochen eingearbeitet habt, nur wenig mehr als 15 M. Durch Vethätigung der Solidarität helfst Ihr uns den Sieg, die Verkürzung der Arbeitszeit erringen.

Die Ortsverwaltung

des sächsischen Holzarbeiter-Verbandes. Briefe sind zu richten an Th. Glöck, Bauhauerstr. 52, III, oder an das Streikbureau Sebastianstr. 39. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ueber den Stand der Berliner Tischlerbewegung können wir heute wiederum erstens berichten. Zu den in voriger Nummer erwähnten 697 Werkstätten mit 7496 Arbeitern, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, kamen bis gestern Abend hinzu 24 Werkstätten mit 275 Mann, so daß also bis jetzt 7771 Tischler in 721 Werkstätten unter den neuen Bedingungen arbeiten. Mag die Zahl der im Streik lebenden Tischler unter Berücksichtigung der noch nicht eingetroffenen Meldungen, immerhin noch 900 betragen, so

spricht doch das ganze Resultat, das am gestrigen fünften Streiktag vorlag, für den vorläufigen Lauf der Bewegung. Der Einmüthigkeit und Ausdauer der Tischler Berlins wird es im Bunde mit der Solidarität der auswärtigen Kollegen gelingen, auch in den noch ausstehenden Werkstätten den vollständigen Sieg zu erringen.

Aufruf

an alle in Holzbearbeitungs-Fabriken beziehentlich an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins! Kollegen! Gestern ist Euch das Urtheil des Gewerbegerichts bekannt gegeben, welches dahin lautet: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Sonnabend 9 Stunden, für Ueberstunden 20 Pfg. Lohnzuschlag.

Von den Vertretern der Arbeitgeber ist dieser Schiedsspruch anerkannt, die Vertreter der Arbeiter glaubten, sich diesem Urtheil nicht ohne weiteres unterwerfen zu können und baten sich Bedenkzeit bis zur nächsten Versammlung aus.

Darum, Kollegen, überlege sich ein jeder die Sache reiflich und erscheine alle in der am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, in Jost's Lokal, Andreasstr. 21, stattfindenden Versammlung, um Beschluß zu fassen, wie wir uns weiter zu verhalten haben.

Bei der festen Entschlossenheit der Kollegen und bei den günstigen Verhältnissen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß wir den Kampf bis zum letzten Augenblick unterliegen. Als bedauerlich muß es bezeichnet werden, daß die Redaktion des „Vorwärts“ den Rath erteilt, uns dem Schiedsspruch zu unterwerfen; nur Unkenntnis der Verhältnisse kann die Feder des Verfassers geleitet haben.

Nun noch ein Wort an die uns nahestehenden Berufsgehilfen: Tischler, Drechsler, Bildhauer! Unter Euren Kollegen haben sich bereits einige gefunden (welche ihre Klassenlage noch nicht begriffen), die sich hergaben, um die Maschinen zu bedienen. Wir ersuchen daher, daß die betreffenden von ihren eigenen Berufskollegen auf das unsolidarische ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht werden.

Nur durch festes entschlossenes Handeln kann etwas erreicht werden, darum Kollegen steht fest im Kampf, Schulter an Schulter, das gesteckte Ziel nicht aus den Augen verlierend, und bald ist der Kampf beendet. Darum auf, Kollegen, zum Kampf, zum Sieg!

Das Streikkomitee.

Alle Zusendungen sind zu richten an das Streikkomitee, Mariannen-Ufer 4 bei Gehlhoff.

Zum Streik der Zimmerer ist zu berichten, daß bis jetzt 254 Wagenschäfte mit zusammen 3000 beschäftigten Arbeitern die Forderung der Zimmerer entweder auf Ehrenwort oder durch schriftliche Erklärung bewilligt haben. Zu den bewilligten Firmen gehört nun auch die Firma Heid u. Franke, welche die Arbeiten am Dom und auch sonst noch größere Bauten auszuführen hat.

Am nun den Sieg vollständig auf unserer Seite zu haben, ist es Pflicht derjenigen unserer Berufsgehilfen, welche schon zu den neuen Bedingungen arbeiten, auch den Beschlüssen der öffentlichen Versammlungen nachzukommen und wöchentlich außer den Sammlungen zum Agitations- und Unterstützungsfonds eine Mark für die Streikenden abzuliefern; nur dann wird es uns möglich sein, den Anforderungen, die an uns gestellt werden, nachzukommen. Des weiteren geben wir unseren Berufsgehilfen bekannt, daß am Sonntag in sämtlichen Zahlstellen Morgensprachen stattfinden, und ersuchen jeden, sich dort über die genaue Lage zu informieren.

Auf folgenden Zahlstellen sind jeden Sonntag Vormittag Marken zum Agitations- und Streikfonds zu haben:

Norden: Schnitzstr. 48 bei Mundt; Bergstr. 60 bei Hilgenfeld; Dohstr. 32a bei Schmidt.

Nordost: Tresewstr. 24 bei Schmid; Wörther Platz 39 bei Buchholz.

Osten: Markussstr. 14 bei Zippel; Fruchtstr. 52 bei Jauer.

Süden: Mariendorferstr. 5 bei Grube; Mantuffel- und Reichenbergerstraßen-Ecke bei Fürstena u.

Westen: Calmstr. 88 bei Paulsch.

Süd-Westen: Blücherstraße an der Garnisonkirche bei Raumann.

Moabit: Birkenstr. 24 bei Gebauer.

Schöneberg: Grünwalderstr. 110 bei Ost.

Charlottenburg: Göttestr. 67.

Steglich: Ahornstr. 15.

Weinländer: Provinz- und Bürgerstraßen-Ecke.

Westensee: Nöhle- und Charlottenburgerstraßen-Ecke.

Pankow: Florenzstr. 40.

Sammellisten für die streikenden Zimmerer Berlins sind nur im Streikbureau, Neue Friedrichstr. 44, zu haben.

Wer allen Dingen ist es aber notwendig, der Lohnkommission Mitteilung von sämtlichen Unregelmäßigkeiten zu machen, die in den Geschäften passiren, welche unsere Forderung anerkannt haben.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute. J. A.: Theodor Fischer.

Der Anstand der Schuhmacher bei der Firma Teichner, Neue Friedrichstraße 37, ist durch gegenseitige Uebereinkommen beendet, nachdem die Forderungen der Streikenden bewilligt wurden.

Gleichzeitig werden die Schuhmacher darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 23. d. M., früh 7 1/2 Uhr, von folgenden Lokalen Flugblätter ausgeheißt werden: Dragonerstraße 15 bei Lange; Sowaänderstraße 51 im Restaurant; Ackerstraße 123 bei Marten. Die Agitationskommission.

In Stettin befanden sich die Tapezierer verschiedener Werkstätten im Streik. Im Berliner „Lokal-Anzeiger“ werden tüchtige Tapezierer und selbständige Polsterer nach außerhalb verlangt. Näheres bei Gebrüder Fürst, Mohrenstr. 38. Die Kollegen wollen daher bei allen Engagements die übliche Vorsicht walten lassen.

Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin des Allgemeinen deutschen Tapezierervereins.

Versammlungen.

Eine äußerst gut besuchte öffentliche Brauerei-Arbeiter-Versammlung tagte am Donnerstag Abend in Cohn's Festsaal, Weuthstraße, behufs Stellungnahme zum Streik auf dem Münchener Brauhaus. Einleitend bemerkte der Vorsitzende Trittelwisch, daß er die Versammlung als ein Schiedsgericht betrachte und ersucht um größtmögliche Objektivität. Winkler schildert nunmehr in einer kurzen Uebersicht die bereits bekannten Vorkommnisse und Verhältnisse im Münchener Brauhaus, die zur Arbeitseinstellung Anlaß gaben. In seinen Ausführungen giebt er zu, daß Streit und Unfrieden unter den Arbeitern des Betriebes herrschte; die Ursache hierzu aber gebe einzig und allein der Direktor Arendt, der Unorganisierte und Streikbrecher in seinen persönlichen Schuß nehme, dagegen die Anhänger der Organisation in jeder Beziehung hintansetze. Auf die Mitteilung, daß der Streik beschlossen sei, habe Herr Arendt bemerkt, daß dies schon längst sein fehnlichster Wunsch sei. Nachdem Redner die resultatlosen Verhandlungen des Gewerbegerichts als Einigungsamt gestreift, giebt er der Ansicht Raum, daß sich das Vorgehen und Verhalten des Direktors Arendt nur gegen die Organisation richte, die ihm schon längst ein Dorn im Auge sei. Er selbst, Redner, sei mit dem Präsidat Lupp bezeichnet worden, als er um die Erlaubnis nachgesucht, auf ein ihm zugegangenes Schreiben nach dem Gewerbegericht zu gehen. Der nächste Redner, häufig von den anwesenden Bierfahrern des Münchener Brauhauses unterbrochen, bemerkt, daß Herr Arendt aus den wichtigsten Gründen Arbeiter auf die Straße werfe; den Spruch des Gewerbegerichts hält er für ein Stück Justizerei und

sei bedauerlich, daß die Arbeiter überhaupt verhandelt. Bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit des Direktors sei die Art der Ausfällung der Zeugnisse für entlassene Organisierte; dort heißt es: Führung: Leistungen zufriedenstellend. Es bedeute dies nichts anderes als eine verblühte schwarze Liste. Für einen tatsächlichen Fehler hält Scherbeder, daß die Brauer es ablehnten, mit Mißtrau in Ausschuss der Gewerkschaftskommission zu verhandeln, es grenze dies an Befehdigung. Wiedemann, der in längeren Ausführungen das Verhalten des Herrn Arendt während des 1890er Streiks und Boglotts geißelte, meint, daß es ein bekannter Schachzug des Herrn Arendt sei, dann, wenn ein Krieg zwischen Arbeitern und Unternehmern entbrannt, stets die Gemäßigten auf kurze Zeit bei sich einzustellen, um die Sympathie der Arbeiterschaft sich zu sichern; die Eingestellten aber werden, trotzdem zuweisen die tüchtigsten Arbeiter, aus den wichtigsten Gründen — und dies in der Regel des Nachts von 1—2 Uhr — auf das Pflaster gesetzt. Sei doch selbst ein Angestellter aus Oranienburg entlassen mit der Begründung, daß er seine Steuern nicht bezahle; solche Arbeiter könne er nicht gebrauchen. Weiter habe der Herr Direktor Maßnahmen getroffen, nach welchen jeder Arbeiter, der 5 Minuten zu spät kommt, den Tag aussetzen muß und im wiederholten Falle die plötzliche Entlassung erfolgt. Für selbstverständlich hält Redner, daß in einem Betrieb, in dem 27 organisierte und 12 unorganisierte Arbeiter beschäftigt sind, es zu Meibereien kommen muß. So habe Herr Direktor Arendt verlangt, daß man ihm einen bekannten Streikbrecher, Kühne, als auf dem Arbeitsnachweis zuletzt Eingetragener, sofort zusehe. (Der anwesende H. veranlaßt hierauf eine ziemlich Unruhe.) Hilfsarbeiter, Maschinenisten und Heizer entnehme Herr Arendt nicht vom Nachweis. Ein solches Vorgehen bezeichnet Redner als eine Degradation der Berliner Arbeiterschaft, die seine Kundschast bedeute. Weiter sei ein Arbeiter entlassen, der es gewagt, für 14 Ueberstunden Bezahlung zu verlangen, allerdings mit der Begründung, daß keine Arbeit vorhanden sei, trotzdem andere Angestellte Ueberstunden machten. Redner bewegt sich nun des längeren in Ausführungen über die häufigen Entlassungen aus den wichtigsten Gründen und über die Kündigung des Nachweises durch Arendt. Wenn die Verhandlungen bis dato ohne Erfolg blieben, so läge die Schuld auf Seiten des Herrn Direktor, der eine gütliche Verhandlung mit den Arbeitern immer ablehnte. Um die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn zu beleuchten, giebt Redner bekannt, daß laut Ausspruch Arendt's, jeder entlassen wird, der es wagt, über Mißstände des Betriebes in Versammlungen zu sprechen. Das Vorgehen gegen den Arbeitsnachweis von Arendt nennt Redner ein rigoroses, wozu er verlangt, daß ihm — wie ein Brief dies beweist — binnen zwei Stunden 6 Arbeiter zugesandt werden sollen, um von diesen zwei vorübergehend einzustellen; später seien unter denselben Verhältnissen 27 Mann bestellt worden, um neun von diesen auszuwählen. Richtig sei allerdings, daß, als man ersuhr, im Münchener Brauhaus sei ein Streik ausgebrochen, die gewünschten Arbeitskräfte verweigert wurden und dies — so schließt Redner — habe ihm sein Solidaritätsgesühl geboten. Die Erklärungen des Herrn Arendt im „Vorwärts“ hält Redner für nichtssagend und den Thatsachen nicht entsprechend. (Beifall und Unruhe auf einer Seite des Saales.) Winkler (Mitglied des Ausschusses der Gewerkschaftskommission) erklärt kurz, daß die im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärungen Arendt's nur richtig seien, die der Streikenden aber den Thatsachen nicht entsprächen; er ersucht, am nächsten Tage die Gewerkschaftskommission erst sprechen zu lassen und jede weitere Beschlußfassung auszusetzen. Ein von Stabernack gestellter Antrag auf Schluß der Debatte und die Einberufung einer neuen Versammlung im größeren Saale findet keine Annahme und beschließt die Versammlung. Schluß der umfangreichen Rednerliste einzutreten zu lassen. Steiner ist der Ansicht, daß für die Brauer Gründe genügen vorliegen, Mißtrau abzulehnen; es seien die Brauer von ihm beleidigt. Die beiden nächsten Redner, die unter der größten Unruhe sprechen, hegen die Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen, an dem man Herrn Arendt die Waage der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesichts reiße. Die Arbeiterschaft sei genügend getäuscht und genasführt, jetzt hiesse es endlich energisch vorgehen. Neumann (Wörtcher) erläutert nun in ruhiger Form den Verlauf der geplanten, aber resultatlosen Verhandlungen zwischen Arendt und den Streikenden; bedauerlich sei, daß der Direktor jede Verhandlung mit Kommissionen der Arbeiter (Agitationskommission) ablehnte. Das Verhalten der Arbeiter vor dem Ausschuss hält Redner für taktisch richtig. Charakteristisch für die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Arendt sei hierbei, daß er bereits gelegentlich der letzten Vorgänge die Polizei in Anspruch genommen habe mit dem Bemerkten, so ab und zu könne man doch einen weggreifen. Ein nun folgender Redner hält die Schuld an den augenblicklichen Zuständen im Münchener Brauhaus auf Seiten der Brauer, die dem Treiben des Direktors so lange müßig zugehört und vieles über sich ergehen lassen. Die Erklärung des Genossen Winter hält der größte Teil der Redner als seine private Meinung und wartet die Ansicht der Gewerkschaftskommission ab. (Ein Heizer des Münchener Brauhauses, der dem Redner Wiedemann Unwahrheiten vorwirft, ruft durch sein Verhalten eine große Unruhe hervor.) Arendt, Handels-Hilfsarbeiter, bedauert, daß die Entlassenen die Gründe derselben verschwiegen haben, es herrsche deshalb wenig Klarheit. Er bittet die Anwesenden, erst den Spruch der Gewerkschaftskommission abzuwarten und dann eine weitere, größere Volkssammlung — für die er die heutige nicht habe — einzuberufen. Kommt man zur Ansicht, daß das Recht auf Seiten der Arbeiter, wird man gewiß geschlossen eintreten. (Unruhe und Beifall.) Eine nunmehr folgende persönliche Auseinandersetzung zwischen einem Streikenden und im Münchener Brauhaus sich in Arbeit befindlichen artete zu solchem Tumult aus, daß der überwachende Beamte um 12 Uhr die Versammlung auflöste.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Brüssel, 21. Februar. (B. G.) Großes Aufsehen erregt das Verschwinden des bekannten hiesigen Notars Verhagen seit Dienstag. Derselbe hat 2 Millionen Schulden hinterlassen. Ein Haftbefehl ist ergangen.

London, 21. Februar. (B. G.) Aus Brätoria wird gemeldet, daß die feindliche Bewegung der Boeren gegen die Eingeländer stark anwächst, so daß eine Kollision zwischen England und Transvaal nicht zu vermeiden sein dürfte. Die Deutschen, die sich in letzter Zeit am „Kaube“ anständig gemacht haben, stehen auf Seiten der Boeren. Der Besuch des Präsidenten Krüger in England kann als ausgegeben betrachtet werden, denn die gesammte Bevölkerung von Transvaal ist gegen eine solche Reise; sie würde, wenn der Präsident die Reise dennoch unternähme, den letzteren sofort absetzen und zur Neuwahl eines Präsidenten schreiten. Eine Anzahl englischer Großgrundbesitzer stehen bereits in Unterhandlungen wegen Verkauf ihres Grundbesitzes und wollen dann nach Rhodesia auswandern.

Rom, 21. Februar. (B. G.) Die militärischen Blätter registriren die Eidenhaftigkeit der letzten Meldungen vom Kriegsschauplatz. Die Abendblätter bezeichnen die Lage als sehr ernst.

Turin, 21. Februar. (B. G.) In die Kassenräume des Bankhauses Fugliesi u. Negro drangen vermittelst falscher Schlüssel Diebe ein und erbrachen zwei Geldschränke, wobei ihnen Rentenloupone von Werthe von 80 000 Lire und 100 000 Lire als Depots hinterlegter Werthpapiere in die Hände fielen.

Athen, 21. Februar. (B. G.) Nach hier eingegangenen Nachrichten haben die Türken in der Provinz Selino auf Kreta 12 Christen ermordet. Gleich nach dem Bekanntwerden der Nachrichten ergriffen die Christen Gegenmaßnahmen. Der Gouverneur entsendet Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoben, Berlin. Für den Inkratenheil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

47. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky.

Die gestern abgebrochene Verathung der Petitionen wegen der Dienstaltersstufen und der dazu gestellten Anträge der Budgetkommission und des Abänderungsantrages Singer wird fortgesetzt.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben f. Z. für das Dienstaltersstufen-System gestimmt, weil es dem Beamten nach einer bestimmten Zeit eine von der Willkür der vorgesetzten Behörde unabhängige Zulage gewährleistet. Selbstverständlich wollten wir damit eine Verbesserung, nicht eine Verschlechterung der Bezüge der Beamten gegen früher herbeiführen. Es handelt sich jetzt darum, die mit diesem System verbundenen Mängel zu beseitigen. Die Finanzverwaltung ist dem Bestreben des Reichstages nach dieser Richtung nicht günstig gewesen, einmal aus finanziellen Gründen und dann aus paritätischen Gründen. Die Erklärung der Reichs-Finanzverwaltung in der Budgetkommission braucht aber nicht die Hoffnung auszuschließen, daß im Laufe der Zeit der Versuch erneuert wird, die Ungleichheiten zu beseitigen. Die Resolution der Budgetkommission betreffend die Erhöhung des Meistgehalts der Landbriefträger auf 1000 M. kann ich nur auf das dringendste der einstimmigen Annahme des Hauses empfehlen. Zweifellos erhalten die Landbriefträger ein sehr geringes Gehalt, trotzdem große Ansprüche an sie gestellt werden. In der Budgetkommission hat man allerdings das Leben der Landbriefträger so geschildert, daß man glauben könnte, sie führten eine Art idyllischen Lebens und daß die Unterbeamten eigentlich keinen anderen Wunsch haben könnten, als Landbriefträger zu werden. Die Landbriefträger wurden geradezu als wohlhabende, reiche Leute geschildert und als so zufriedene Leute, daß sie zum Theil ihre Touren auf dem Veloiped machen könnten. Dieses Veloiped muß sich aber der Landbriefträger auf seine Kosten anschaffen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), es ist also keine Erleichterung des Dienstes seitens der Postverwaltung.

Man hat ferner die Schwere der Dienstleistungen der preussischen Bahnwärter zum Vergleich herangezogen. Aus diesem Umfange kann man doch nur die Nothwendigkeit einer entsprechenden Gehaltserhöhung dieser Beamten herleiten, aber nicht die Nothwendigkeit, daß auch die Landbriefträger niedrige Gehälter beziehen müssen. Es wäre Aufgabe des preussischen Abgeordnetenhauses, für die Bahnwärter ebenso intensiv einzutreten, wie wir für die Landbriefträger; es würde vielleicht Erfolg haben. Es ist gerecht und billig, daß die so angestregten Landbriefträger nach 21 oder 24 jährigem Dienste 1000 M. Gehalt bekommen. Da nur 14 pCt. der Landbriefträger dieses Benefizium für sich werden in Anspruch nehmen können, so würde die Sache keinen großen Mehraufwand erfordern. Die zweite Resolution will die Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausdehnen. Ich sehe nicht ein, warum der Reichstag hier einen Unterschied machen soll zwischen höheren, mittleren und Unterbeamten. Über könnte man diesen letzteren ein Benefizium gewähren, weil sie seiner am meisten bedürfen. Ich habe deshalb beantragt, die Unterbeamten in die zweite Resolution mit aufzunehmen. Wie aus den Petitionen hervorgeht, beschwerten sich die vor 1892 in den Dienst getretenen Militäranwärter, daß sie ungünstiger gestellt sind, als die seit 1892 in Dienst getretenen. Eine Kabinettsordre von 1891 soll dieses Verhältnis, wie gesagt wurde, regeln, aber ich glaube, daß der Anschluß der Unterbeamten eine Quelle berechtigter Unzufriedenheit und Mißstimmung eröffnen würde. Aus den Kreisen der Postoffizianten sind uns Beschwerden zugegangen darüber, daß die nach 1892 eingetretenen Postbeamten günstiger gestellt sind als die vor 1892 angestellten, weil ihnen das Militärdienstjahr bei der Anstellung angerechnet wird und weil sie während der Militärdienstzeit höhere Bezüge hatten als die anderen; ich erinnere nur an die Unteroffiziersprämie. Will der Reichstag also gerecht sein, so muß er seinen Wunsch auch auf die Unterbeamten ausdehnen. Der Beamte, der in eine höhere Karriere tritt, die eine längere Vorbildung und höhere Aufwendung von Kapital erfordert, hat nach unserer Auffassung kein Recht, besser und günstiger behandelt zu werden, als diejenigen, die nicht in der glücklichen Lage sind, vermöge reicher Eltern sich dasjenige Maß von Bildung zu erwerben, welches sie befähigt, in der heutigen Gesellschaft höhere Einnahmen zu erzielen. Die Volksovertretung hat jedenfalls keine Ursache, diese durch die kapitalistische Produktionsweise begründete Verschiedenheit durch eine ungerechte, schlechtere Behandlung der Unterbeamten zu verschärfen. Die wichtigste Resolution ist die dritte. Die Beschwerden, mit denen wir überschwenmt werden, werden nicht eher verschwinden, als bis die Ursachen derselben weggeräumt sind. (Zustimmung links.) Man kann es den Leuten nicht verdenken, daß sie sich dagegen wehren, daß sie durch das Dienstalterszulagen-System materiellen Schaden erleiden. Eine Reihe von Klagen aus der Postverwaltung hat mich veranlaßt, noch eine vierte Resolution zu beantragen, daß den Beamten und Unterbeamten die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bei der Anstellung als diätarische Dienstzeit berechnet wird. In der Kommission ist nun festgestellt worden, daß der von mir bekämpfte Zustand nicht nur bei der Postverwaltung, sondern in allen Ressorts und auch in der preussischen Staatsverwaltung vorhanden ist, und dies hat mich veranlaßt, meinen Antrag auf alle Beamten auszuweiten. Ich freue mich übrigens, daß in diesem Falle das Privilegium, welches sonst die Postverwaltung zu haben schien in bezug auf eine möglichst schlechte Stellung ihrer Unterbeamten, sich doch nicht in vollem Umfange als richtig erweist. Die Verwaltung hat gemeint, daß die fünf diätarischen Dienstjahre bei der Anstellung und demgemäß bei der Alterszulage nicht in Berechnung zu bringen sind, weil man doch in der Lage sein müsse, beurtheilen zu können, ob der betreffende Beamte sich für die definitive Anstellung eigne. Abgesehen davon, ob wirklich diese fünf Jahre nicht zu viel sind, stellt es sich aber heraus, daß neben der diätarischen noch eine sogenannte Probe- oder Vorbereitungszeit bei den Reichs-Verwaltungen existirt, und diese wird nun ebenfalls nicht berechnet; das ist ein außerordentlich großes Unrecht, und dieses will mein Antrag beseitigen. In der Postverwaltung werden z. B. junge Leute mit 18 Jahren angenommen. Was liegt nun für ein vernünftiger Grund vor, diese Leute dazu zu verurtheilen, 3 Jahre zunächst in der Verwaltung zu sein, ohne die Aussicht, diese 3 Jahre bei ihrer späteren Anstellung angerechnet zu bekommen. Man spricht da von einer sogenannten Lehrlingszeit. Andere Lehrlinge haben keine so große Verantwortung, und dann handelt es sich hier eigentlich nicht um Lehrlinge, denn die Leute kommen sofort in Stellen, in denen sie eine Leistung nicht erst lernen, sondern sofort ausüben sollen. Aber selbst wenn es eine Lehr- und Probezeit wäre, hätte man noch kein Recht, sie nachher nicht anzurechnen. Erweist sich der Mann als unfähig, so kann er ja vor der Anstellung entlassen werden, erweist er sich aber als fähig, so hat er auch Anspruch auf Anrechnung seiner Dienstzeit vor dem 21. Jahre, Dienst bleibt Dienst, ob vor oder nach dem 21. Jahre. Dieser Zustand ist bei den

niedrig besoldeten Unterbeamten viel unerträglicher als bei den höheren Beamten. Der Unterbeamte kann 50 bis 100 M. viel weniger entbehren als der höhere. Selbst wenn meine Resolution eine Mehrbelastung von mittlerem Umfange erforderte, sollte die Reichs-Finanzverwaltung im eigenen Interesse ihr zustimmen. Wir sind, wie Sie sehen, in gewisser Weise selbstmörderisch. Sie sagen, wenn die Verhältnisse verbessert werden, schwindet der Stimulus, sich der Sozialdemokratie anzugesellen und ihre Macht wird damit gebrochen. Nun gut, nehmen Sie meine Resolution an, und ich will Ihnen Glück wünschen, wenn eine Anzahl von Beamten, die sonst für uns stimmen, zu Ihnen übergehen. Die Abhilfe berechtigter Klagen soll uns über den Verlust einiger Tausend Stimmen trösten, wenn gleich selbst die Befriedigung dieser kleinen Wünsche noch nicht ausreichen wird, um die Thätigkeit der Sozialdemokratie unnütz zu machen, um ihre Stärke zu vermindern. Ich bitte dringend den Reichstag, meinen Antrag anzunehmen. Thut er dies, so wird er sich den Dank vieler Leute erwerben, die in wirtschaftlich so schweren Verhältnissen leben, daß sie die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß ihnen drei Jahre für treu geleistete Dienste nicht angerechnet werden, nicht ertragen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimer Ober-Regierungsrath Neumann: Die Ausgleichung der Pärten, welche sich herausgestellt hatten bei Einführung der Dienstaltersstufen, ist nach Möglichkeit versucht worden. Aber in einigen Punkten konnten die ausgesprochenen Wünsche nicht berücksichtigt werden, weil es nicht möglich war, die betreffenden einzelnen Klassen herauszunehmen und für sie die Verhältnisse anderweit zu regeln, ohne daß dadurch wieder Ungleichheiten entstehen würden. Kein Ressort hat für sich das Privilegium beanprucht, die Unterbeamten zurückzustellen. Der Reichstag hat früher 1000 M. als Meistgehalt für die Landbriefträger verlangt, als das Mindestgehalt 650 M. betrug und das Meistgehalt erst in 21 Jahren erreicht wurde. Jetzt beträgt das Mindestgehalt 700 M. und das Meistgehalt von 900 M. wird schon in 12 Jahren erreicht. Bezüglich der Anrechnung der Militärdienstzeit kann die Regierung nur im Einverständnis mit der in Militärsachen entscheidenden preussischen Verwaltung vorgehen. Die preussischen Grundzüge würden durch die betreffende Resolution umgestürzt werden und deshalb bitte ich den Reichstag, dieser Resolution nicht zuzustimmen. Die Anrechnung der Dienstzeit vor der diätarischen Dienstzeit würde ein ganz ungerathenes Geschehen an die Beamten sein. Die Erhöhung des Gehalts der Ober-Postsekretäre bis auf 4000 M. ist dem Reichstage 1890 vorgeschlagen, aber damals nicht genehmigt worden, weil man mit der Gehaltserhöhung nur so weit vorgehen wollte, wie es in Preußen geschehen ist. Die Ober-Postsekretäre befinden sich gewissermaßen in leitender Stellung, aber die gleichstehenden Eisenbahnbeamten, die Gütereptions-Vorsteher, die vielleicht noch eine größere Verantwortung haben, haben ein geringeres Gehalt als 4000 M.

Berichterstatter Abg. Enneccerus erklärt sich namens der Kommission gegen den Antrag Singer, der schon von der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt ist, weil er eine große Ungerechtigkeit für die Militäranwärter zu gunsten der Zivilanwärter sein würde. Die Resolution ist das Erreichbare und darauf sollte sich der Reichstag beschränken.

Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt Fischer: Der Abg. Singer hat gesagt, die Postverwaltung scheine es als ihr Privilegium zu betrachten, ihre Beamten schlechter zu stellen, als es die anderen Ressorts thun. Soll diese Redewendung mehr sein als eine bloße Redensart, so muß ich ihr entschieden entgegen treten. Diese Behauptung findet in den Verhandlungen der Budgetkommission über diesen Gegenstand nicht den geringsten Anhalt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei der Anrechnung des Diätariats von der Postverwaltung genau nach denselben Grundzügen verfahren wird, wie es in allen anderen Verwaltungen geschieht. Weit entfernt, darauf stolz zu sein, daß ihre Beamten schlechter gestellt sind, als alle anderen Beamten, ist die Postverwaltung mit aller Energie für die Interessen ihrer Beamten eingetreten und sie hat erreicht, was zu erreichen war.

Abg. Pauli (Rp.) tritt wie bei früheren Gelegenheiten für die technischen Hilfsarbeiter des Reichsamts, des Patentamts und des Reichsgesundheitsamts ein.

Abg. Hammacher (natl.): Für die weitgehenden Wünsche des Herrn Singer könnte man ja eintreten, wenn er und seine Freunde bereit wären, dem Reiche die nöthigen Mittel dazu zur Verfügung zu stellen (Sehr richtig! rechts), denn der Antrag würde eine Mehrausgabe von 1 Million Mark mit sich bringen. Redner erklärt sich gegen den Antrag Singer und für die Anträge der Budgetkommission, welche bereits genügend begründet seien.

Geheimer Ober-Regierungsrath Neumann: Unter den Ungleichheiten der Dienstaltersstufen haben auch andere Beamten als die Oberpostsekretäre zu leiden, auch die vortragenden Räte des auswärtigen Amts und des Reichsamts des Innern können berechtigter Klagen führen. Entscheidend für eine Aufbesserung kann nur die Stellung sein, welche die betreffenden Beamten in der Verwaltung einnehmen.

Abg. Werner (deutsch-soziale Rp.) spricht sich für die Resolutionen der Budgetkommission aus und für den Antrag Singer, soweit er die Anrechnung der Militärdienstzeit auf die Unterbeamten ausdehnen will. Besonders erfreulich ist, daß dem Landbriefträger ein Gehalt von 1000 M. zugewilligt werden soll. Der andere Antrag des Herrn Singer hat nur einen agitatorischen Zweck, da die Sozialdemokraten die Gelder zur Deckung der Ausgaben nicht bewilligen.

Abg. Schwärze (Z.) spricht die Hoffnung aus, daß die Resolutionen einstimmig angenommen werden würden. Die Einführung der Dienstaltersstufen habe den Beamten in sehr vielen Fällen eine Beschädigung gebracht.

Abg. Luzmann (fr. Sp.): Wir werden selbstverständlich für die Resolutionen der Budgetkommission stimmen. Ich möchte aber auch für die technischen Hilfsarbeiter beim Patentamt u. s. w. eintreten und freue mich, daß Herr Pauli von der rechten Seite auch für diese Beamten ein Wort eingelegt hat. Offenlich wird dadurch der Widerstand bei den verbündeten Regierungen beseitigt. Redner geht auf die Petition dieser Beamten ein, deren wissenschaftliche Vorbildung und bedeutsame Thätigkeit wohl eine anderweitige Stellung derselben verlangt. Es ist in der letzten Zeit schwierig geworden, für diese Stellung Personen zu finden, weil die Industrie die Leute bedeutend besser bezahlt. Das Patentamt muß diese Beamten schon durch Zeitungsanzeigen suchen, was bisher bei Reichsbeamten doch nicht üblich war. Alle diese Gründe sollten die Reichsverwaltung doch bestimmen, auf die finanzielle Mehrbelastung nicht so großes Gewicht zu legen.

Geheimer Ober-Regierungsrath Neumann: Für diese Hilfsarbeiter ist insofern Sorge getragen worden, als die Aufrechnungszeit von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt ist. Von der Gesamtzahl der technischen Hilfsarbeiter hat nur 1/3 die Maturitätsprüfung gemacht. Eine Gehaltserhöhung für das nächste Jahr kann nicht in Aussicht gestellt werden, da zahlreiche akademisch gebildete Beamte vorhanden sind, die die gleichen Ansprüche hätten. Trotz des Fehlens der akademischen Bildung können die technischen Hilfs-

arbeiter in die Stellen der Mitglieder des Patentamts aufrücken.

Abg. v. Leipziger (L.) weist darauf hin, daß er bereits im vorigen Jahre für die technischen Hilfsarbeiter eingetreten sei; er könne auch heute nur ein Wort für eine Gehaltserhöhung dieser schwer einzurangirenden Beamten einlegen. Für die Landbriefträger wünschte auch wir ein Meistgehalt von 1000 M. Herr Singer kennt die Verhältnisse der Landbriefträger nicht; ihre wärmste Vertretung haben sie auf der rechten Seite des Hauses gefunden. (Sehr richtig! rechts.) Die Anträge des Herrn Singer erfordern so viel Geld, daß die Parteien, welche das Geld bewilligen, ihm nicht folgen können. Daß Herr Singer Zufriedenheit schaffen will, muß doch bezweifelt werden. Er weiß, daß die Mehrheit des Hauses seinen Antrag nicht annimmt und gerade deshalb stellt er sich als den Mann hin, der allein helfen will.

Abg. von Stumm (Rp.) protestirt ebenfalls dagegen, daß die Rechte für die technischen Hilfsarbeiter kein Herz haben soll. Mit Redensarten hilft man nicht, sondern nur dadurch, daß man das nöthige Geld zur Verfügung stellt; dann werden die Chefs für die Beamten ihrer Verwaltung schon sorgen. Alles übrige ist nur geeignet, die Disziplin zu lockern. Redner erklärt sich für die Resolution der Budgetkommission. Wenn ernsthaft etwas geleistet werden soll, dann müssen die Mittel bewilligt werden und dann wird sich zeigen, wer mehr Herz für die Beamten hat. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Ich überlasse es dem Hause zu entscheiden, wo mehr Redensarten zu finden sind, bei uns oder drüben. Bringen Sie uns doch Steuern, die wir annehmen können, das heißt Steuern, welche die Reichen treffen. Aber Steuern, welche auf die Schwächsten in der Bevölkerung drücken, die aus der Tasche des armen Mannes genommen werden, können wir nicht bewilligen, und damit vertreten wir mehr die Interessen des Volkes als Sie (rechts). Daß der Antrag nicht angenommen werden kann, habe ich nicht gewußt; ich habe Sie vielleicht überschätzt, ich habe angenommen, daß Sie den Nothständen etwas warmerziger gegenüber stehen würden. Unerwünschlich sind die Summen nicht, welche die Erfüllung meiner Anträge erfordern würden. Ueber die Unzufriedenheit im Lande bin ich durchaus nicht besorgt, denn Unzufriedenheit ist die Quelle alles Fortschritts. Man muß Unzufriedenheit anregen, die Zustände schildern, wie sie sind, um dadurch zur Abhilfe beizutragen. Die Diskussion hat ergeben, daß die Anträge als berechtigt anerkannt werden, aber auch, daß die Parteien, mit Ausnahme der linken Seite nicht bereit sind, die Wünsche der Beamten zu erfüllen. Wenn Sie die Wünsche erfüllen wollen, so haben Sie ja die Mehrheit und können allein die Steuern und andere Einnahmen beschließen, wozu sollen wir auch dafür stimmen! Wenn wir gegen den Etat stimmen, so geschieht das, weil die Annahme des Etats ein Vertrauensvotum ist, wozu wir keinen Anlaß haben und weil der wesentlichste Theil des Etats, der Militäretat, von uns für kulturwidrig gehalten wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lingens (Z.): Bei den Bewilligungen haben wir uns an die vorhandenen Einnahmen zu halten. Wir können doch nicht ein Eldorado schaffen und Wechsel auf die Zukunft ausstellen! (Sehr richtig! rechts.)

Die Anträge der Budgetkommission werden mit einer an Einkimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen; die Anträge Singer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die Verathung des Etats der Reichs-Eisenbahnen.

Abg. Graf Kanitz darauf hin, daß dieselben eine Verminderung zeigen, weil die Kohlenpreise ermäßigt sind. Der Preis ist im vorigen Jahr mit 12,40 M., dieses Mal mit 11,65 M. angelegt worden. Seit 1892 hat eine allmähliche Abnahme des Preises sich gezeigt. Das ist um so erfreulicher, als bei den preussischen Staatsbahnen eine ähnliche Ermäßigung nicht wahrzunehmen ist. In Preußen sind die Kohlen abgeschlossen mit 8—8,80 M. ab Fache. Verhüt dieser Preis von 11,65 M. auf einem bereits abgeschlossenen Vertrage oder vermuthet die Eisenbahn-Verwaltung nur ihn zu erzielen? Meine Frage soll keine indiscrete sein. Aus dem Ruhr-Kohlengrubengebiet herrscht die Lenzung, die Preise in die Höhe zu setzen. Ein Börsenblatt meldet, daß die Preise 5 M. höher pro Doppellader abgeschlossen werden. Wenn mir eine Antwort aus irgend welchen Gründen nicht erteilt werden sollte, so würde ich mich damit zufrieden geben.

Minister Thielen: Ich habe keine Veranlassung, die Frage unbeantwortet zu lassen. Die Reichs-Eisenbahnen beziehen ihre Kohlen theilweise von der Saar aus Staats- und Privatwerken. Die Preise hatten ermäßigt werden können, weil früher abgeschlossene Verträge abgelaufen waren. Die Verträge der preussischen Staatsbahnen mit dem Ruhrkohlen-Syndikat laufen am 1. Juli dieses Jahres ab. Ich kann mich begreiflicherweise über das zukünftige Verfahren noch nicht äußern; es würde die Vertragsverhandlungen beeinträchtigen. Es ist allerdings von seiten der Kohlenwerke der Versuch gemacht worden, die Preise zu erhöhen. Die Preise im Etat sind nur Durchschnittspreise der Bezüge aus den verschiedenen Kohlengruben an der Saar, Ruhr und Oberschlesien.

Abg. Lingens (Z.) fragt, welchen Einfluß die neuesten Maßregeln, z. B. die Einstellung der Gütertransporte auf die Sonntagruhe gehabt haben.

Minister Thielen: Die Sonntagruhe ist auf den Reichs-Eisenbahnen durchgeführt. Gewöhnlich ruht mit Ausnahme der durchgehenden Züge der Güterverkehr mit Ausnahme der besonders verkehrsreichen Zeit. Es haben vom Bureaupersonal durchschnittlich 80 pCt. vollständige Sonntagruhe, 19 pCt. einen halben Tag; das Stations-, Strecken- und Fahrpersonal kommt natürlich nicht so gut weg.

Abg. Lingens (Z.): Die Mittheilungen sind sehr nennenswerth; es wäre aber wünschenswerth, zu erfahren, welchen moralischen und gesundheitlichen Einfluß die Sonntagruhe auf die Beamten ausgeübt hat. (Weiterkeit.)

Minister Thielen: Daß die Sonntagruhe moralisch und gesundheitlich gut wirkt, davon bin ich überzeugt, aber statistisch läßt sich das nicht nachweisen.

Abg. von Stumm hält auch dafür, daß die Sonntagruhe moralisch und gesundheitlich gut wirkt; das könnte er aus persönlicher Erfahrung bestätigen.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich nehme an, daß die Qualität der Kohlen keine geringere ist, denn dann würde ein Mehrverbrauch und dadurch eine Mehrausgabe entstehen.

Abg. Hammacher (natl.): Der Reichstag ist doch wohl nicht der Ort, um die Kohlenpreise für die preussischen Staatsbahnen zu erörtern. Für die Reichs-Eisenbahnen setzt sich der Preis zusammen aus den Preisen der Fachen und den Transportkosten. Es werden hauptsächlich Saarkohlen verbraucht, deren Produktionsgebiet dem Reichslande benachbart ist.

Im übrigen werden die dauernden Ausgaben ohne Debatte bewilligt.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sind 5.500.000 M. für Vermehrung der Betriebsmittel ausgeworfen zur Beschaffung von Lokomotiven und namentlich von Personen- und Güterwagen, die auf den Reichs-Eisenbahnen nicht in genügender Zahl vorhanden sind. Diese Ausgaben, sowie die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnansatz regt Abg. Sammayer die Abänderung des Artikels 10 der Berner Fraktionkonvention an, damit die Schwierigkeiten beseitigt werden, welche durch die Maßregeln der russischen Zollverwaltung entstanden sind.

Präsident des Reichs-Eisenbahnansatz erklärt, daß die Frage auf die Tagesordnung der nächsten internationalen Versammlung gesetzt werden soll und zwar auf Grund eines deutschen Antrages, der von den Interessenten gebilligt und von der österreichischen Regierung unterstützt ist.

Der Etat wird genehmigt. Es folgt der Etat des Reichs-Invalidentfonds. Bei den Invalidentpensionen infolge des Krieges von 1870/71 fragt

Abg. Graf Oriola (natl.), wie sich die Regierung zu den im vorigen Jahre verhandelten Petitionen von Kriegsinvaliden wegen Erhöhung ihrer Pensionen stellt. Im Namen einiger meiner politischen Freunde kann ich erklären, wenn die Mittel des Reichs-Invalidentfonds nicht ausreichen, sind wir bereit eine Wehrsteuer einzuführen. (Beifall.)

Abg. v. Schöner (L.): Ich bedauere, daß dieses wichtige Thema in so kurzer Stunde zur Verhandlung kommt. Viele Leute im Lande erwarten, daß auf diesem Gebiete eine Besserung geschaffen wird. Wer eine Pension verdient hat, dem muß man sie auch lassen, wenn er in den Staats- und Kommunaldienst eintritt. Selbst bei der knappen Finanzlage müßten wir für solche Dinge das Geld haben. Wir haben das Geld zu Prachtbauten, aber nicht für diese Zwecke, trotzdem wir die Ehrenpflicht hätten, für diese Ausgabe einzutreten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Nicker (ref. Vg.): Es handelt sich um eine Ehrenpflicht des Reiches, die erfüllt werden muß und es werden sich auch die Mittel dazu finden. Ich persönlich habe die Meinung, daß der Reichs-Invalidentfonds, wenn man ihn nicht zu ängstlich anfaßt, einiges Geld hergeben wird. Ich hätte gewünscht, daß die Herren vom Bundesrathe uns eine Antwort gegeben hätten.

Generalleutnant v. Spitz: Wenn ich den Herren so antworten könnte, wie es aus dem Herzen der Militärverwaltung kommt, so würden Sie vernehmen, daß keiner in diesem Hause, mag er noch so warm sühlen für unsere Invaliden und Veteranen, uns übertritt. Die Militärverwaltung ist aber nur ein Glied in unserem großen Staatswesen und ihre Wünsche werden mobilisiert durch das, was die Reichsregierung allgemein für durchführbar hält. Von diesem Standpunkte aus muß ich sagen, daß die hier gemachten Vorschläge von einer sehr großen unberechenbaren finanziellen Bedeutung sind.

Der Vorschlag, allen wieder im Staatsdienst angestellten Militärveteranen ihre Pension ganz oder in höherem Maße als jetzt zu belassen, würde 6 Millionen jährlich erfordern. Nachdem erst 1893 diese Angelegenheit zum Vortheil der Pensionäre geregelt worden ist, weiß ich nicht, ob die verbündeten Regierungen den Zeitpunkt für gekommen erachten, die Sache anderweitig zu regeln. Was die Entschädigung für den Zivilversorgungschein betrifft, so muß man zwei Kategorien unterscheiden. Den Ausstellungschein bekommt ein Invalide, der nach freier Wahl den Zivilversorgungschein verwenden oder eine Entschädigung nehmen kann, diese freie Wahl ist aber bei dem vollkommenen Invaliden und dienstunfähigen Mann ausgeschlossen, er muß die Entschädigung annehmen, und es ist deshalb nur gerechtfertigt, wenn diese Entschädigung höher ausfällt als die andere.

Nach in der wichtigen Frage der Veteranenversorgung liegen Herz und Kopf im Streite. Nach den Freiheitskriegen hat es 45 Jahre gedauert, bis man anfing, den Veteranen, die brav gekämpft, aber durchaus keinen Schaden erlitten hatten, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel freundlich gegenüberzutreten. Zu vorigen Jahre sind nun für die bedürftigsten Veteranen 1 600 000 M. bewilligt worden; wir haben 770 000 Veteranen, und das darunter eine ganze Menge erwerbsunfähiger und bedürftiger Leute ist, liegt auf der Hand. Diese Zahl haben wir gewonnen nach Maßgabe der Zahl der Soldaten, welche die französische Grenze überschritten haben und mit Zehlfenahme der bekannten englischen Tafen, die von den Lebensversicherungs-Gesellschaften benutzt werden, und die allgemeine deutsche Volksstatistik. Das 120 M. für einen erwerbsunfähigen Mann, der gar nichts anderes hat, nicht genügen, liegt auch auf der Hand. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß es eine dankbar zu begründende Weisheit ist, wenn ein Mann, der doch nicht durch den Staatsdienst erwerbsfähig und bedürftig geworden ist, 120 M. bekommt. Wir theilen diese Ehrengaben nicht aus, sondern die Zivilbehörden, in Preußen das Ministerium des Innern. Bei solcher Ueberlegung kann man hier nicht einen Rechtsanspruch bzw. eine Pflicht des Staates anerkennen. Es wäre das auch ein bedenkliches Präzedenz für spätere Kriege. Es ist schwer etwas zurückzuschrauben, was einmal ins Leben gerufen ist. Es wäre auch schwierig, die jetzige Invalidenversorgung, die ein gesetzlicher Anspruch ist, zurückzuschrauben. Denken wir einmal, wir bekommen einen großen Krieg, der vielleicht noch mehr Invaliden macht wie der letzte, und die Mittel des letzten Krieges sind nicht vorhanden — dann wird es dem durch den Krieg erschöpften Lande doch sehr schwer werden, das alles in der Weise durchzuführen, wie es bis jetzt geschehen ist. Das muß bei aller Wärme des Gefühls, welches wir mit Ihnen theilen, wohl erwogen werden.

Unterstaatssekretär Uthenborn: Der Abg. Graf Oriola verlangt eine Statistik über die Weisheit an die gänzlich erwerbsunfähigen Kriegstheilnehmer. Der durch das Gesetz vom 22. Mai 1893 dafür festgesetzte Ausgabebedarf des Jahres 1893/96 ist wieder unverändert in diesen Etat eingeleitet worden, da die Unterlagen für eine anderweitige Veranschlagung noch fehlen. Diese Summe von 1 800 000 M. ist an die Bundesstaaten nach Maßgabe der Matrikularbeiträge vertheilt worden, eine Auskunft über den Finalabschluss des Jahres liegt aber seitens der Bundesstaaten noch nicht vor. Nur von Bayern ist die Auskunft eingegangen, daß von 1700 angemeldeten Personen 1500 berücksichtigt werden konnten. Danach würde das Verhältnis günstig sein. Wie weit die Summe erhöht werden kann, würde sich also erst im Etat für 1897/98 zeigen. Durch das Gesetz vom 22. Mai 1893 wollten wir die Frage zum Abschluß bringen, um den Beteiligten Ruhe zu geben und sie von weiteren Agitationen fernzuhalten. Der Invalidentfonds hatte im vorigen Jahre einen Aktivbestand von 83 Millionen Mark; seitdem ist er mit dem Bedarf des Gesetzes vom 22. Mai 1893 belastet worden, das macht 2 800 000 M. Die Regierung wird nicht engherzig in der Beurtheilung dieser Verhältnisse vorgehen, das beweist auch die Erhöhung des Dispositionsfonds für Unterstützungen an Kriegstheilnehmer von 400 000 auf 700 000 M. Vom Invalidentfonds dürfen nur die Zinsen verwendet werden, und wenn der Zinsfuß noch weiter heruntergeht, müssen wir schließlich Zuschüsse geben. Der Invalidentfonds ist aber seiner ganzen Natur nach ein Ausfuhrfonds, der Bedarf vermindert sich durch Abgang infolge Todes schließlich bis zum Nullpunkt. Nur in diesem Jahre haben wir wegen der neuen Belastung eine Mehrausgabe. Aber dies beweist, daß ganz außerordentlich viel für die materielle Lage der Beteiligten geschieht ist.

Abg. Graf Oriola (natl.): Ich vermissen eine Beantwortung meiner Frage über die Statistik. Daß sie noch nicht vorhanden ist, verstehe ich wohl. Aber man hätte doch erklären können, daß eine solche Statistik vorgelegt werden soll. Wenn das Verhältnis der unterstützungsbedürftigen Veteranen zu den Unterstützten wie 17:15 sich verhält, so würde doch hier eine weitere Hilfe möglich sein. Die Rücksicht auf den nächsten Krieg kann uns nicht ab-

halten, den berechtigten Forderungen der Invaliden gerecht zu werden, denn dann müßten wir gar keine Pensionen gewähren. Im übrigen wird der Etat ohne weitere Debatte genehmigt. Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Rechnungen und Wahlprüfungen.)

Parlamentarisches.

Die Margarine-Kommission begann am 21. Februar die zweite Lesung. Die Verleugung des Reichs-Gesundheitsmutes haben ergeben, daß Phenolphthalein leicht entfernt werden kann, ein sicheres Mittel zur Erkennung der Margarine bei Färbung mit diesem Stoffe aber nicht gegeben ist. Dies wurde auch vom Abg. Wurm noch ausführlich dargelegt. Trotzdem erklärte sich die Kommission mit 12 gegen 7 Stimmen für Beibehaltung des Beschlusses der ersten Lesung, Margarine mit Phenolphthalein zu färben.

Eine sehr lange Debatte entstand über den in der ersten Lesung gefassten Beschluß, die Fabrikation von Margarineeläse zu verbieten. Abg. Rettich (L.) erklärte, ihm sei es nicht darum zu thun, den unlauteren Wettbewerb zu verhindern, sondern er wolle das Mollerei-Gewerbe schämen. Staatsminister von Bötticher führte aus, man begeben sich jetzt auf einen Weg, der in der Gesetzgebung aller Kulturländer noch nicht besprochen ist. Wohin kämen wir, wenn man ein Nahrungsmittel verbieten wollte, weil es einem bereits vorhandenen Konkurrenz macht. Diese Bedenken haben in der preussischen Regierung dazu geführt, daß bereits ein Reskript beantragt hat, unter diesen Umständen das Gesetz abzulehnen. Die Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt, er sei aber nicht im Zweifel, daß sich im Bundesrathe keine einzige Stimme dafür finden werde. Abg. Herbert meinte, er sei dem Abg. Rettich dankbar für seine Offenheit. Endlich sei auch von der Regierung das kulturwidrige des Verhaltens der Agrarier hervorgehoben worden. Aus Uebermuth oder um die Agrarier zu ärgern, esse doch niemand Margarine oder Margarineeläse, sondern weil die Einkommensverhältnisse einen großen Theil der Bevölkerung dazu zwingen. Die Herren Agrarier möchten sich doch einmal vergegenwärtigen, daß es im Deutschen Reiche auch noch andere Leute als Großgrundbesitzer gibt. Abg. Wurm hob hervor, daß man sich anstehende Krankheiten bei der Butter sehr leicht zuziehen könne; diese sei gefährlicher als Margarine. Mit 11 gegen 6 Stimmen wurde das Verbot der Fabrikation von Margarineeläse wieder aufgehoben. Für das Verbot stimmten die Konservativen und der Antisemit Jeskranz. In der ersten Lesung war beschlossen worden, daß zur Herstellung von Margarine nur Rahmgermilch mit einem Fettgehalt von höchstens 0,05 pCt. genommen werden darf. Nach längerer Debatte, an welcher sich eingehend die Abgg. Herbert und Wurm betheiligten, wurde dieser Beschluß aufgehoben und dafür beschloffen, die näheren Bestimmungen dem Bundesrathe zu überlassen. Für die Regierungsvorlage, die eine derartige Beschränkung nicht enthält, fand sich keine Mehrheit.

Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten haben zu dem Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Colbus im württembergischen Wahlkreise des Reichstages einen Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Lokales.

Unser Kollege Dr. Adolf Braun ist Freitag Nachmittag 4 1/2 Uhr wieder freigelassen worden, nachdem er vorher vom Untersuchungsrichter vernommen worden war. Die Beschuldigung, unter der unser Kollege verhaftet worden ist, lautet auf — Meineid! Der Werth der Anklage auf eines der furchtbarsten und entehrendsten Verbrechen erhellt wohl am besten daraus, daß Braun auf freien Fuß gesetzt wurde, obwohl er Ausländer ist, und daß der Richter es nicht einmal für nöthig fand, die Kaution anzunehmen, die für unsere Kollegen angeboten war!

Den Parteigenossen und Genossinnen des Kreises Niederbarium zur Nachricht, daß am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr in Stör's Gesellschaftshaus Pankow, Mühlentstraße 4, eine sozialdemokratische Parteiversammlung des Kreises stattfand, in welcher Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch sprach.

Vom Wasserverbrauch Berlins. Die Gesamtzahl der an das Hochsystem der städtischen Wasserwerke am Schlusse des Betriebsjahres 1894/95 angelassenen Grundstücke betrug 23 428, — 286 mehr als im Vorjahre. Die Bevölkerung der mit Wasser versorgten Grundstücke — jedes Grundstück zu 72 Einwohnern gerechnet — (Volkszählung von 1890) betrug am Jahreschlusse 1 708 481 Personen. Die Zahl der mit städtischem Leitungswasser versorgten Einwohner hat sich gegen das Vorjahr um 29 260 Personen oder 1,75 pCt. vermehrt. Der Gesamtverbrauch der ganzen Stadt betrug in dem angegebenen Betriebsjahre 41 947 282 Kubikmeter. Es sind von den Werken Charlottenburg und Lichtenberg insgesamt 41 947 282 Kubikmeter Wasser gefördert. Von diesem Wasser sind geliefert für den eigenen Betrieb der Werke 207 814 Kubikmeter = 0,688 pCt., unentgeltlich für öffentliche Zwecke 5 852 022 Kubikmeter = 13,961 pCt. und gegen Zahlung 35 827 896 Kubikmeter = 85,411 pCt. Der Wasserverbrauch im Jahresdurchschnitt aus dem städtischen Rohrnetz pro Tag und Kopf betrug im Etatsjahre 1894/95: 67,81 Liter, im Vorjahre 68,48 Liter. Der Winderverbrauch an Wasser im letzten Rechnungsjahre wird der niedrigen Temperatur des Sommers 1894 zugeschrieben.

Der wegen der Beschäftigung und Anstellung von jüdischen Lehrkräften an den hiesigen Gemeindeschulen unterm 27. Dezember v. J. an den Magistrat ergangene Erlaß des Kultusministers und die denselben Gegenstand betreffende Verfügung des Königl. Provinzial-Schulkollegiums vom 29. Januar 1896 unterlag am Dienstag unter Vorbehalt des Stadtverordneten Gerstenberg der Verathung des Ausschusses, welchen die Stadtverordneten-Versammlung über den Antrag des Stadtverordneten Dr. Preuß, betreffend die neuerdings von den Staatsbehörden in bezug auf das kommunale Schulwesen erlassenen Anordnungen niedergesetzt hat. Aufseilig war man der Meinung, daß dieser Erlaß nicht ruhig hingenommen werden dürfe, seine Befestigung vielmehr mit allen nur irgend zulässigen Mitteln angestrebt werden müsse. Eine diesbezügliche Resolution soll gefaßt werden, der Ausschuss hat aber die spezielle Feststellung des Wortlautes bis zur nächsten Sitzung vorbehalten.

Auf Antrag der gemischten Deputation, welche über die Maßnahmen der städtischen Behörden gegen das Lehrerbefolgungsgesetz verhandelt hatte, hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, an die Mitglieder des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten eine Denkschrift einzureichen, in welcher zahlenmäßig nachtheilige Wirkungen des Gesetzes für die größeren Städte nachgewiesen werden.

Von dem pyramidalen Geiste, mit dem die Radau-Antisemiten den Kampf gegen die Arbeiterschaft führen, zeugt eine Mittheilung, die wir im gestrigen Morgenblatt der „Staatsbürger-Zeitung“ finden. Sie lautet: „In dem Streife hervorgerufen, beweist ein Vorfall, der sich im März vorigen Jahres auf einem Neubau in der Vantwiststraße ereignete. Die dort beschäftigten Steinträger ließen sich eines Tages um die angegebene Zeit bei einem in dortiger Gegend wohnenden Restaurateur junge Gänse braten, von denen die einen auf dem Markte erschienen waren. Am nächsten Tage bestellten sie sich

zum Mittagmahle Schweinebraten. Sie aßen von diesem jedoch nur die Krusen und warfen das übrige einfach fort. Am 3. Tage genossen sie zum Frühstück Kaviarbrötchen mit Rothwein und am 4. Tage — freilich sie, da die ihnen gezahlten Löhne zum Leben nicht ausreichten. — Den Herren „Genossen“ wurde in diesem Falle der verdiente Lohn zu theil, indem man sie einfach aus der Arbeit entließ und neue Kräfte an ihrer Stelle annahm. Dieser samsche „Streikfall“ hat also erstere Folgen für die übrigen Arbeiter und den Bauherrn nicht gehabt. Die Sache selbst aber, die uns von absolut unverlässiger Seite mitgetheilt wird, liefert einen neuen interessanten Beitrag zu dem Kapitel: „Wie Streiks fabriziert werden!“

Das radau-antisemitische Blatt scheint ein Vierteljahrhundert geschlossen zu haben. Als der große Krieg zu Ende war und der „Erbsend“ besiegte am Boden lag, begannen bekanntlich die Organe der deutschen Gründungsänner den Krieg gegen den inneren Feind, den deutschen Arbeiter, zunächst damit, daß sie ihr Publikum mit dem berühmten champagne-trinkenden Maurer zu ergötzen suchten. Lange zog dies Bravourstück aber selbst damals nicht, denn der Schwundel war doch gar zu dämlich. Erst dem Genie der Radau-Antisemiten war es vorbehalten, diese Pötte wieder aufzufrischen. Daß dies zu einer Zeit geschieht, wo gerade im Baumwesen der Arbeiter, falls er das Glück hat, überhaupt Beschäftigung zu finden, nicht allein elend bezahlet, sondern auch oft genug in der insamen Weisheit um den sauer verdienten Lohn vom christlich-germanischen „Arbeitgeber“ betrogen wird — das — nun, das ist gerade die spezifisch antisemitische Forderung.

Ein Veteran vom Kuffertbock. Sein 50jähriges Dienstjubiläum konnte am 20. d. Mts. der 77 Jahre alte Droschkenkutscher Biedermann, Bredlaustr. 20, begehen. Biedermann ist einer der ältesten Mitglieder des Vereins Berliner Droschkenkutscher, nicht nur dem Lebensalter, sondern auch der Zugehörigkeit zum Verein nach, dessen Mitglied er seit der Gründung ist. Trotz seiner 50jährigen Thätigkeit als Droschkenkutscher ist er noch heute so arm wie zu Beginn seiner Laufbahn und muß als 77jähriger Greis noch Droschke fahren und sich seinen kärglichen Lebensunterhalt sauer verdienen. Viele der Fuhrherren, für die er gearbeitet hat, haben es allerdings weiter gebracht als er und leben heute von ihren Renten. Biedermann bezieht ja auch eine Rente, von der er aber leider nicht leben kann — die Altersrente!

Das Tempelhofer Feld, für welches die Gemeinde Tempelhof 88 000 M., die Gemeinde Schöneberg aber 30 000 M. Grundstückswertsteuern vom Militärhofes haben wollte, ist nach einer Entscheidung, welche der Kreislandeshof als erste Instanz gefaßt hat, steuerfrei.

Herr Joachim Gehlsen, der Herausgeber der „Reichsglocke“, wird, wie er uns mittheilt, am Dienstag, den 25. Febr. im Lokal „Bismarckhöhe“ zu Charlottenburg einen Vortrag über sein Flüchtlingsleben in Frankreich, England und der Schweiz halten.

Eine für die Umwandlung der Pferdebahnen in elektrische Straßenbahnen wichtige Erfindung wird gegenwärtig von den „Neuen Berliner Elektrizitätswerken“ ausgearbeitet. Es ist eine elektrische Lokomotive, welche den Zweck hat, bei Einführung des elektrischen Straßenbahnbetriebes eine Umgestaltung aller schon vorhandenen Pferdebahnenwagen unthunlich zu machen, da ein Anhängen der letzteren an die Lokomotiven genügt, den alten Betrieb mittels Pferden in einen elektrischen zu verwandeln.

Die Infolge der Masern-Epidemie in Briesen a. O. geschlossenen Volksschulen sind jetzt auf Verfügung des Landraths wieder eröffnet worden. Die Zahl der an dem Orte bisher an Masern Erkrankten betrug insgesamt 318. Doch ist kein einziger Todesfall eingetreten. Gegenwärtig sind an den Masern noch 31 Personen erkrankt.

In der Vogelausstellung der „Aegintha“ im Grand Hotel Alexanderplatz sind gestern die Preise vertheilt worden. Zuerst waren die Herren für die Kanarienvogelzucht fertig und verzeichneten die goldene Medaille für Rausch, der nun zum dritten Male die höchste Auszeichnung erhalten hat; die silberne Medaille erhielten Vobnensengel, Spankule, Stiller; die bronzene Vombberger; besondere Ehrenpreise erhielten Hirschberg, Wagner und Ulrich. In der Abtheilung der ausländischen Vögel erhielt Franklein Hagenbeck mit 6 ersten und 5 zweiten Preisen die goldene Medaille, die silberne Fockelmann, Brihl, von Sydow und Hertel. Für Ausstellung einheimischer Vögel hat Dikowsky die goldene Medaille erhalten, die silberne mit Zuerkennung besonderer Ehrenpreise Kraft, Krüger und Herrmann, ohne Ehrenpreise Blumhoff, D. Schulze und für Vastardzucht Maire und Strube; die bronzene Medaille erhielten Siebdrach, Hunte, Grösch und Hildebrand. Für allgemeine Leistungen sind vergeben worden: Adlermeister Schindler die goldene Medaille; die silberne mit besonderer Anerkennung Adlermeister Mancke, Miltcher für Nistkästen, Wächler für kunstvoll ausgestopfte Vögel, W. Padowitz für ein Prachtwerk „Unsere Vögel“, Matze für die glänzenden Resultate seiner Fischzuchtanstalt in Lankwitz, Majowski für die glückliche Heilung einiger Todeskandidaten von Papageien. Für praktisches Futtermaterial erhielten Raumann und Wegener ehrende Anerkennungen.

Schlächtermeister Suhn, Reichenbergerstr. 23, hat, wie jetzt amtlich feststeht, in großem Umfange Pferdefleisch zu Wurst verarbeitet, die er dann als aus Rind- und Schweinefleisch hergestellt verkaufte.

Arbeiterrisiko. Auf dem Neubau Mauerstraße 86/87 er eignete sich gestern früh ein beklagenswerther Unfall. Ein Steinträger namens August Thiels, der hinter einem anderen Kollegen gehend, eine Mauer mit Steinen in die erste Etage tragen wollte, hatte hierbei das Unglück, daß ihm von oben herab ein Mauerstein so bestigt auf den Kopf fiel, daß er betäubt zu Boden stürzte. Der Verunglückte mußte sofort behufs Anlegung eines Nothverbandes zur nächsten Unfallstation gebracht werden.

In der Untersuchungssache gegen den Komplizen des Rechtsanwalts Friedrich Friedmann, Agent Claussen, geht, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Hamburg geschrieben wird, dem Untersuchungsrichter immer mehr Material zu. Nachdem bereits eine Anzahl gefälschter Wechsel den Akten beiliegen, hat die Polizeibehörde auch nach anderer Richtung hin Nachforschungen angestellt, da man die Vermuthung begie, daß noch weitere falsche Wechsel sich in Umlauf befinden. Die Annahme hat sich bestätigt; es sind zwei weitere gefälschte Wechsel zur Stelle gebracht, welche die Namen Hamburger Firmen tragen. Die Untersuchung wird, um jede Verschleierung zu verhindern, sehr geheim geführt.

Die Brandstiftungen in Moabit nehmen kein Ende. Gestern war schon wieder ein neuer Fall zu melden. Um 10 1/2 Uhr früh stand der Dachstuhl des Hauses Thurmstr. 47 in Flammen. Die nahe Feuerwache löschte das Feuer durch schnelles Eingreifen in etwa einer Stunde. Stützungen finden täglich statt, und trotzdem will es immer noch nicht gelingen, den Thäter dingfest zu machen. Donnerstag Abend wurde die Feuerwache nach der Wäckerstr. 127 gerufen. Dort war gegen 10 Uhr abends in einer Schlafstube ein Feuer aus Unvorsichtigkeit entstanden, bei dem sich die Wohnungsinhaberin verletzte. Die Samariter der Feuerwehr legten der Frau Nothverband an.

Der aus Berlin entwichene Schwammhändler Cantrowitz hat sich zunächst nach Leipzig begeben, wo er durch die Zahlungseinstellung einer bedeutenden Firma etwa 300 000 M. verloren hat, doch scheint sich seine Hoffnung, einen Theil dieser Summe durch einen außergerichtlichen Vergleich retten zu können, nicht erfüllt zu haben. Ueber seinen weiteren Verbleib ist nichts bekannt. Der Werth des noch vorhandenen Waarenlagers des C. läßt sich auf 80 000 M. beziffern.

Im Zirkus Busch ist am Donnerstag bereits das zweite Ausstattungsstück aufgeführt worden. Es heißt „Die Jagd nach dem Glücke“ und enthält, wenn es auch nur eine Zirkuspantomime ist, mehr dramatisches Leben, als manches andere, neuerdings auf modernen Bühnen aufgeführte Dichterwerk. Ueberhaupt ist zu beobachten, daß, seitdem sich gewisse Theater angewöhnt haben, durch allerhand Zirkusstücke ihr Publikum zu amüsieren, man sich in der Manege bestrebt, wiederum den eigentlich die Welt bedeutenden Brettern näher zu kommen. So war in dem im Zirkus Busch aufgeführten Stück von Dressurkünstlern und Klownsprüngen nicht allzuviel zu merken, desto mehr aber hatte das Publikum Gelegenheit, das geschickte Walten der Regie, die vor aller Augen in Verwandlungen das menschenmöglichste leistete, zu bewundern. Das Stück handelt von einem Würling, der seine Familie an den Ruin gebracht und verstoßen hat, und nun, von dem Teufel und den Unterweltlichen des Spiels mißleitet, am Arm seiner Courtisane auf Abenteuer loszieht. Er gewinnt ein Vermögen, veranlaßt ein verschwenderisches Fest und verleugnet hartherzig Weib und Kinder, als diese auf dem Feste das Mittel durch den Verkauf armpflegiger Blumensträußchen werden wollen. Der Armen nimmt sich unter dem besonders bewegten Beifall des Publikums ein braver französischer General an, der auf dem Personenzettel den nicht ganz unbekannt Namen Boulanger führt. — Der Säufer aber ereilt das Geschick in den Fluthen des Meeres — ohne 10 Fuß tiefes Wasser in der Manege hat zur Zeit die beste Pantomime keinen Werth. Ein wirklicher Dampfer fährt heran, wird vom Blitz getroffen, versinkt vor den Augen der Zuschauer, und manfotodt ist der Säufer. Wir wußten wohl, so mußte es verlaufen, das Glücke war nie bei denen, die versagen, sagt Glasbrenner in seinem Drama von der Sündfluth. Diese an sich schon aufregende Geschichte ist aber eigentlich nur das Gerippe der Handlung, die erst wahrhaft bewundernswürdig gemacht wird durch Ballets von mindestens hundert, in den mannigfaltigsten Kostümen erscheinenden Damen, durch Prachtgebäude und Gruppierungen bunter Art, durch die verschiedenartigste Anwendung elektrischer Glühlampen selbst am Körper der Ballettusen, durch einen Dieb, der seinen Raub im Lustballon in Sicherheit bringen will und einen Schuttmann, der ihn dito im Lustballon verfolgt, und durch sonstige Ueberraschungen der unglaublichsten Art — alles dies unter Leitung und gnädigstem Beistand des Spielteufels, vor dessen Umarmungen zu warnen die hochmoralische Tendenz des neuesten Dichterwerkes ist. Direktor Busch hat in diesem Stück abermals geleistet, was ein Zirkusdirektor an de siecle überhaupt zu leisten im Stande ist.

Wegen Hehlerei wurde das Schneider G.'sche Ehepaar in der Blumenthalstraße in Friedrichsberg verhaftet. G. ist beschuldigt, Tuche von Hausdienern und Schneidern aufgekauft und hierfür Preise gezahlt zu haben, welche kaum den zehnten Theil des realen Wertes anmachen. In der Wohnung des Ehepaars wurden für ca. 2000 M. Waaren beschlagnahmt.

Umfangreiche polizeiliche Streifen finden jetzt allabendlich am Raybach-Ufer und in der Laubstadt auf den Kölnischen Wiesen statt, da die Kriminalpolizei immer noch die schwache Hoffnung hat, daß der Mörder des unglücklichen Knaben Willy Burr unter den Personen zu suchen ist, welche sich dort herumzutreiben pflegen. In der Nacht zum Freitag wurden wiederum 22 Männer und 2 Frauen, welche sich theils am Raybach-Ufer umhertreiben, theils in den Lauben auf den Kölnischen Wiesen nächtigten, festgenommen. Ferner wurde in Niddorf als des Mordes verdächtig ein gewisser Emil Brunn, der unter dem Namen „Klavier-Emil“ bekannt ist, festgenommen. Der Verhaftete ist ein früherer Lehrer, der wegen Sittlichkeitsvergehens an Kindern seinen Beruf aufgeben mußte und jeden sittlichen Halt verloren hat. Jegendwelche Schuld beweisen liegen bisher aber noch gegen keinen der Verhafteten vor und es hat den Anschein, als sollte auch dieser Mord ungefährt bleiben.

Zeugen gesucht. Am 11. November 1895, nachmittags 1 1/2 Uhr, wurde Invaliden- und Brunnenstraße-Gasse dicht vor einem dort haltenden Pferdebahnwagen ein Mann von einem Bierwagen überfahren. Die Fahrgäste, die auf dem Vorderperren des Pferdebahnwagens jenen Vorfall gesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Schankwirth Wilhelm Eichelmann, Müllerstr. 55, gelangen zu lassen.

Wetter-Prognose für Sonnabend den 22. Februar 1896.
Trockenes, vorwiegend heiteres Frostwetter mit scharfen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Das Reichsgericht, I. Senat, verhandelte gestern über die Revision der Schriftsteller Curt Baale und H. Lux. Die beiden wurden von der Brausewetter-Kammer zu je 3 Monaten Gefängnis verurtheilt, weil sie als Berichterstatter vom Frankfurter Parteitag das Material zu dem Protokoll geliefert haben. Die von den Angeklagten eingelegte Revision wurde verworfen. Der Hinweis des Rechtsanwalts Dr. Heine auf die Krankheit des Landgerichts-Direktors Brausewetter, unter dessen Vorsitz das Urtheil, einen Tag vor Ausbruch der Krankheit gefällt wurde, wies der Vorsitzende als unerheblich zurück und der Senat trat dieser Auffassung bei, als der Verteidiger einen Gerichtsbeschluß provozierte. Näherer Bericht morgen.

Interessante Polizeigeschichten sind, wie der „Volk-Zeitung“ aus Düsseldorf geschrieben wird, aus der dortigen Gegend zu berichten. Vor einigen Wochen wurden zwei Polizeibeamte aus Rheindt zu drei bezw. fünf Monaten Gefängnis verurtheilt, weil sie einen unschuldig verhafteten jungen Mann mit den von der Stadt angeschafften Gummischläuchen mißhandelt hatten. Kurz vorher waren von der Düsseldorf'scher Strafkammer auch zwei Rheindt'sche Polizeibeamte wegen Mißhandlung eines Arrestanten mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen belegt worden. Der Bürgermeister Dr. Strauß von Rheindt hat nun im Gemeinderath mitgetheilt, daß er im Interesse des Ansehens der Polizei zwei der Beamten gekündigt habe; für alle Verurtheilten hat der Bürgermeister Gnadengesuche eingereicht. Doch weiter: In Biersen hatte der Polizeiergeant Falkener zwei Bürger wegen Beleidigung verklagt, weil diese in einem Briefe an den Bürgermeister behauptet hatten, der Polizist sei mit einer Person, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle steht, am Kirchabend in einem Garten spazieren gegangen. Vor dem Schöffengericht in Biersen führten die Angeklagten den Beweis für die Wahrheit ihrer Behauptung, weshalb beide freigesprochen wurden. Der Anwalt sowohl wie auch der Polizist Falkener legten Verurteilung gegen das Erkenntnis ein, und deshalb wurde die Sache jetzt noch einmal vor der Düsseldorf'scher Strafkammer verhandelt. Die Angeklagten brachten eine Reihe von Zeugen, welche die Behauptung, die zur Klage geführt hatte, eidlich als wahr erbrachten; auch die Prohibitur selbst beschränkt, daß der Sergeant mit ihr den Garten aufgesucht habe. Der Polizist Falkener sagte das gerade Gegenteil aus. Der Staatsanwalt beantragte, den Polizisten, der uneidlich vernommen worden war, nicht zu verurtheilen. Die Verurteilung erfolgte aber, und Falkener legte den Eid, dem ein halbes Duzend andere eidliche Aussagen direkt entgegenstehen! Die Angeklagten wurden aber auch von der Strafkammer freigesprochen, weil dieselbe den Wahrheitsbeweis als erbracht ansah. — Was wird nun mit dem Ordnungswächter Falkener geschehen?

Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Musikinstrumentenarbeiter tagte am 18. Februar Elisabethstr. 14. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Gen. Litzin über das Thema: „Unser Reichthum“. Dem interessanten Vortrage folgte eine längere Diskussion, an der sich die Mitglieder Seibt und Kleinlein betheiligten. Kleinlein kritisierte unter anderem die miserablen Verhältnisse bei Pletschmann (Harmonikafabrik), wo Wochenlöhne von 6 und 7 M. gezahlt werden, und 13 M. schon einen guten Verdienst bedeuten. Drabitz machte auf die gegenwärtige Lage der Streiks aufmerksam und forderte die Kollegen auf, sich recht rege an den Sammlungen zu betheiligen. Litzin sind von dem Vertrauensmann Fischer abends von 8 bis 9 1/2 Uhr bei Böter, Rannysstraße 78, abzuheben. Die nächste Mitgliederversammlung für den Norden findet am 15. März statt. Neu aufgenommen wurden 88 Kollegen.

Eine Wanderversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer tagte am

16. Februar im Lokale des Herrn Schröder, Müllerstr. 178. In einem interessanten Vortrag sprach Genosse Sassenbach über den Uebergang vom Kunstzwang zur Gewerbefreiheit. Redner schilderte in seinem Vortrage die Macht und den Einfluß des Kunstzwanges auf das Handwerk zur Zeit des Mittelalters und begründete dann, wie durch die wirtschaftliche Entwicklung diese Schranke durchbrochen wurde, und der freien wilden Konkurrenz als herrschendes Prinzip die Bahn geebnet wurde. Bei Besprechung gewerkschaftlicher Angelegenheiten bedauerte Ebert, daß die Maurer, trotzdem ihnen bei der Einberufung der Versammlungen in den verschiedenen Stadttheilen Gelegenheit zum Besuch derselben gegeben wurde, dennoch der Besuch ein so mangelhafter ist.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht am Sonnabend, Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie. — Nordische, Müllerstr. 178a: Redeübung. Beginn abends 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Equidistanz sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 23. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokal von Hoffmann, Alexanderstraße 27 c. Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. J. J. J. über „Vollständiges Selbststudium“.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (S. O. Nr. 29). Filiale 5 Berlin. Sonnabend, den 22. Februar, abends 9 Uhr, bei Ziehl, Kottbingerstr. 67: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur General-Versammlung. 2. Kassendbericht. 3. Bericht des Kassens.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgebung. Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Restaurant „Waldhaus“, Friedrichstraße. Thema: „Das Buch der Freiheit.“ Referent: Genosse Hoffmann.

Verein Berliner Schirmmacher. Sitzung am Sonnabend, 22. Februar, abends 9 Uhr, im Köllig's Lokal, Neue Friedrichstr. 44.

Theater- und Vergnügungsverein „Humor“. Sitzung jeden Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, Schneiderstraße 17. Vorbereitung des „Der Waldgeist“.

Theater-Verein der Köpenickerstadt. Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Köpenickerstraße 9 bei Prag: Sitzung. Probe zu „Faschmann's Löhner“.

Theater- und Vergnügungsverein „Kroitus“. Sonnabend 9 Uhr, Chausseest. 22: Sitzung. Gäste willkommen.

Vergnügungs-Verein „Lustige Geister“. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Graf, Briggerstraße 22: Sitzung mit Damen.

Vermischtes.

Das der Firma Andreas und Kappen in Sprottau gehörige Dampfagewerk in Fichtenhau bei Primkenau ist total niedergebrannt. Die bedeutenden Bretterbestände und sonstigen Holzvorräthe sind vom Feuer verschont geblieben.

Durch eine Feuerbrunst ist die umfangreiche Papierfabrik der Firma Härtel u. Ko. bei Roffen im Müdenhau (Sachsen) fast vollständig eingestürzt worden. Viele hundert Arbeiter sind dadurch brotlos geworden.

Der Hamburger Packetdampfer Markomania ist, wie der „Hamb. Korr.“ meldet, auf der Fahrt nach Westindien, laut Telegramm vom 15. d. M. aus Baranquilla, beim Cap Augusta gestrandet. Der Dampfer befindet sich in schlechter Lage und ist voraussichtlich vollständig verloren. Der Maschinenraum ist voll Wasser. Die Mannschaft befindet sich noch an Bord.

In Kiel ist, wie das „B. L.“ meldet, der Inhaber der fallirten Seifenfabrik von Duesen Nachfolger in Friedrichsstadt, Rathmann und Reichstagsabgeordneter Scheller verhaftet worden.

Die Katastrophe in Johannesburg. Vom gestrigen Tage wird aus Johannesburg berichtet: Bis jetzt sind 50 Infolge der Dynamit-Explosion ums Leben gekommen aufgefunden worden. Ein Theil derselben wurde heute Nachmittag unter großer Theilnahme der Bevölkerung beerdigt. Präsident Krüger ist heute an der Unglücksstätte erschienen. Der Zeitung „Standard and Diggers News“ wird gemeldet: 10 Tonnen mit Dynamit sind explodiert. Die 10 Wagen, welche das Dynamit enthielten, waren drei Tage hindurch der Sonne ausgesetzt; hierdurch wäre das Unglück verursacht worden. Mehr als 100 Menschen sind getödtet, mehrere hundert verletzt; die meisten derselben sind arme Leute. — Der Hilfsfonds für die Hinterbliebenen der durch die Explosion Angekommenen ist auf 100 000 Pfst. angewachsen. In der Kapkolonie, wo die meisten der Opfer geboren sind, ist ebenfalls ein Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen eröffnet worden.

Erklärung.

In der am 20. d. Mts. stattgefundenen Brauer-Versammlung sind nach Zeitungsberichten vornehmlich von dem Gastwirth Wiedemann eine Reihe von Behauptungen aufgestellt worden, zu deren Abwehr ich mich zu folgender Erklärung genöthigt sehe.

Gegenüber der immer von neuem von Herrn Wiedemann zu tendenziösen Zwecken aufgestellten, von mir wiederholt als unwahr charakterisirten Behauptung, die Entlassung einiger Brauer aus dem Münchener Brauhause sei wegen deren Zugehörigkeit zur Organisation der Brauer erfolgt, konstatiere ich abermals, daß ich namens meiner Gesellschaft die Organisation der Brauer bereits im Jahre 1894 ausdrücklich anerkannt habe und heute nach wie vor auf demselben Standpunkt stehe. Zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit meiner Gründe bei der Entlassung der betreffenden Brauer habe ich mich dem Schiedspruch der Gewerkschafts-Kommission zu unterwerfen bereit erklärt — wohl der deutlichste Beweis, daß ich eine eingehende Prüfung derselben nicht fürchte — und als dieser Schiedspruch von Seiten der Brauer verhindert wurde, habe ich die von diesen angerufene Vermittelung des Gewerbegerichts vorbehaltlos akzeptirt. Daß auf diese Weise auf beiden Seiten als Schiedsgericht ausdrücklich anerkanntes Gewerbegericht hat nach eingehender Verhandlung zu meinen Gunsten entschieden und nichts ist wohl zur Kennzeichnung der Handlungsweise meiner Gegner geeigneter, als der Umstand, daß sie erstens sich dem Schiedspruch der Gewerkschafts-Kommission ent-

ziehen und zweitens das Urtheil des Gewerbegerichts, das auf ihr Anrufen gefällt ist, nicht anerkennen. Wenn eine Anzahl der Brauer meiner Gesellschaft der Organisation nicht angehören, so ist dies lediglich durch Herrn Wiedemann veranlaßt, der ihren Ausschluß aus der Organisation bewirkt hat, weil sie sich bei 30 M. Minimallohn und achtstündiger Arbeitszeit nicht zum Anschluß an die ohne Grund Streikenden entschließen konnten. Woher übrigens die Angriffe auf das Münchener Brauhause stammen, erhellt zur Evidenz aus folgendem:

Der Einberufer der öffentlichen Versammlung der sogenannten ausständigen Brauereiarbeiter, Herr Steiner, ist nicht mehr Brauer, sondern Bierreisender der Pichelsdorfer Brauerei; die Redner auf gegnerischer Seite, die Herren Wiedemann, Eiermann, Neumann, Preuß sind gleichfalls nicht mehr Brauer, sondern Restaurateure, zum Theil mit dem Gelde der Pichelsdorfer Brauerei eingerichtet und naturgemäß von dieser abhängig. Jeder dieser Versammlungen hat der Direktor der Pichelsdorfer Brauerei, umgeben von seinem Stabe von Bierreisenden und sonstigen Anhängern beigewohnt und sie dirigirt.

Meine Stellung zur Organisation der Brauer charakterisirt wohl am besten der Umstand, daß ich den Vertrauensmann der Organisirten wieder eingestellt, daß ich die Kompetenz der Gewerkschafts-Kommission anerkannt habe, die sogenannten organisirten Brauer aber nicht.

Arendt
Direktor der „Münchener Brauhäuser Actien-Gesellschaft“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 22. Februar:
Opernhaus. Der Evangelmann. Schantzen im Bremer Rathshaus.
Schauspielhaus. Wallenstein's Tod.
Deutsches Theater. Die Gelehrten. Vorher: Der zerbrochene Krug.
Lesing-Theater. Jungfer Zimmerlein. Hierauf: Der Junge von Demmersdorf.
Berliner Theater. König Heinrich.
Hens Theater. Der Herr Direktor. Vorher: Ein Zündhölzchen zwischen zwei Feuern.
Hoftheater. Hotel zum Freihaus.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hungerleider.
Theater Unter den Linden. Die schöne Helena.
Schiller-Theater. Ein toller Einfall.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Belle-Alliance-Theater. Die Räuber.
Alexanderplatz-Theater. No. 66. Hierauf: Die kleinen Zimmer.
National-Theater. Ein Verrückter.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein toller Einfall.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Journalisten.
Abends 8 Uhr: Der Meincidbauer.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 358. Male:
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von G. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Zum 170. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Julius Freund und Willh. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

National-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Ein Verrückter.
Volksdrama in 5 Akten (6 Bildern) nach dem bekannten Roman aus dem Berliner "Vorwärts" für die Bühne bearbeitet von Paul Hilfer.
Regie: Max Samst.

Personen:
Dr. v. Schulz, Unterrichts-Minister... Leo Stokureuth.
Bezirksamts-Assessor Wichert... Robert Bach.
Priester Ludigiero... Ernst Ciesfeld.
Höfster Walder... Fritz Schäfer.
Anna, dessen Tochter Bertha Arco.
Höfster Göpfert... H. Schwendler.
Poiten, Bauerngutsbesitzer... Siegm. Kschinger.
Kathi, seine Kinder... Martha Baumann, Hansl, Elfe Müller.
Gottl, Lehrer... Siegr. Brud.
Kreittmayer, Wirth... Heinrich Samst.
Leon, seine Frau... Minna Voegner.
Strahner, Bauern Hans Herms.
Eigensberger... Erich Stern.
Bayer, Briefbote... Max Görner.
Grosch, Registrator... Felix Stern.
Toni, Lechner, Holz... Karl Wesselsky.
Minna, Köchin... Käthe Urban.
Hochzeitssäule, Bauern, Bauerinnen.
Zeit: Gegenwart.
Ort der Handlung: Ein süddeutsches Gebirgsdorf.

Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Aschenbrödel. Zum Schluss: Zscheus, das Waldmädchen.
Morgen: Ein Verrückter.
Nachm. 8 Uhr: Opern-Vorstellung: Der Freischütz.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Zum 125. Male:
Die kleinen Zimmer.
Vaudeville in 2 Akten von L. Varney. Wegen kontraktlicher Verpflichtungen nur noch: 6 Aufführungen.
Vorher: No. 66.
Operette von Offenbach.

Feen-Palast
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Gröbel.
Neu: Baronin Verona v. Bergen.
Neu: Schönheits-Quart. Saleima.
Dazu das kolossale für Berlin durchw. neue Februar-Programm!
Koller Talaschuss-Familie. Gobr. Francs. Marvelli, Akrobatentruppe Robin u. Berat. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Little Paolo. 4 Geschw. Schenk.
Die tolle Jugend.
Kostümische Pantomime von der Gesellschaft Theo.
Anfang (Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr).
Entree 30 Pf.

Parodie-Theater.
Oranienstr. No. 52 am Moritzplatz.
Freitag, den 21. Februar:
1. **König Heinrich.** Bildromant. Schauspiel von Ernst v. Sanftenbruch.
2. **Gräfin Ilse.** Was wüßte oder der Trompeter von Wisse. Nach Dr. Fritz Friedmann's Kriminal-Roman.
3. **Zscheus,** das Waldmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Mlle. Eugenie Fougère.
FOUGÈRE.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime von der Joseph Phoites-Troupe.
Herner 30 Kunstkräfte I. Rangos.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Kaufmann's Variété-Theater
Königstr. Colonaden.
Bomben-Erfolg!
Hammerstein's Ankunft!!!
Sensationeller Vortrag des wirklichen Humoristen **Gentes.**
Theowia's Pracht-Modelle.
Der Niejenbrunnenmenich
Das lustige **Carneval-Programm.**

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
Sonnabend, den 22. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg:
Die Jagd nach dem Glück,
m. d. Schlussspekt: Ein wirklicher Schiffsuntergang (vom Blitz getroffen und entzündet, sinkt ein großer Dampfer in 20 Fuß Wasser).
Außerdem: Equestr. Arrangement v. 100 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Bator, ung. Hengst, dress. u. ger. v. Herrn Footitt-Burghardt. Der phänom. Drahtseilkünstler Mr. Lloyd. Auftr. der beliebtesten Clowns.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind (frei): Romischer-Vorstellung. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Vollständig neues Programm.
Mr. Charles. — Mr. Fox.
Lotte Siger. — Mr. Alfredo Rex.
Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U. Sonntag 30 „ „ 6 „
R. Winkler.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
Affentheater und Circus.
Obne Extra-Entree.
Soldaten und Kinder 25 Pf.
Vorh. 5 1/2 und 8, Sonntag 4, 6, 8 Uhr.

Kaiser-Panorama
(Passage).
Diese Woche: Neu! 3. Reise. Istrien-Abbazia, Osero etc. II. Eine Wanderung durch das interessante Venedig. 4. Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.
Nächste Woche: Corfu!

Castan's Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
Die 3 getigerten Grazien!!
aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute, sowie jeden Sonntag u. Donnerstag:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Heute: Novitäten-Programm.
Montag:
Victoria-Brauerei
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Novitäten-Programm.
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.
Mittwoch: Moabit Stadt-Theater.

Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4209L*]
Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexandersstr. 27c.
Grünau. G. Lindenhayn, Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

Oswald Grauer
H. Köllnerstr. 2
empf. sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereinszimmer. Zur Zahlstelle für Gewerkschaften, Krankenkassen etc. sehr geeignet. 4194E*
H. Scheip's Bierlokal,
Marfilstr. 11, nahe d. Blumenstr. Weiss- und Bairisch-Bierlokal. Verlehnstotal aller Sachen. Gemüthliches Beisammensein des Sonnabends und Sonntags. 4301E*

Schurig's Volks-Café
u. Lesehalle Dresdenstr. 123, Kottb. Th. 80 Zeitg. u. Journ. u. a. „Vorwärts“, „Leipziger Volksztg.“, „Eich. Kultur“, „Neue Zeit“, „Zukunft“. Kaffee, Bier 10 Pf., Kartoffelpuffer à 15 Pf.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1082. 4274L*
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu Ioualantesten Bedingungen.
Freunden u. Bekannten empfehle mein Weiss- und Bairisch-Bierlokal sowie Vereinszimmer. Bräucher (J. B.: Ernst Mühle), Koppensstr. 41. [372b
Restaurant zum Karpenteich,
Trepptow.
Sonnabend, den 22. Febr., und Sonntag, den 23. Febr. 1896.
Gr. Schlachtfest,
wozu ergebenst einladet
Hermann Otto.

Unben. Musikanterr. „R.“ Postamt 89.
Kollegen und Freunden empfehle mein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal. Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt. Vereinszimmer für 30 Personen. Vincenz Poremba, Grünauerstr. 17. *
Gaug. Grünram- u. Vorkostgesch. m. Rolle billig veräußl. Voelckstr. 51.
Empfehle meinen 4434E*
Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch,
G. Liebenhusch, Mariannastr. 48.
Neue Hofen, Heberzieher
billig zu verkaufen *M
Pfandleihe Skatierstr. 13.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8.
Volks-Vorstellungen unter Regie von Julius Türk
Heute, Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr:
Zum vierten Male:
Die Räuber.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Morgen, Sonntag, den 23. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr:
Zum zweiten Male: 235/9

Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Beginn der Verloofung 1 1/2 Uhr.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.
Die bisher gekauften aber nicht benutzten Karten haben zu beiden Vorstellungen Gültigkeit.
Kaufen Sie nur echte Brauntwein. alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26
Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 4243E*

Große Berliner Schneider-Akademie
Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauseingang: nur Nr. 1. 4198L*
Die Direktion (früher K u b n).
Empfehle Freunden und Bekannten mein 4396L*
Weiß- und Bairisch-Bierlokal nebst großem Vereinszimmer.
Richard Halfter, Mühlenstr. 49a.
Hermann Schibolsky aus Bernau (Buffetier daselbst).

Ginseggungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzlos Zahnziehen u. Nervödten 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“
Ecke Neue Profanade
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [3961E*
Berlin SW., Glöcher-Str. 14.
Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich wieder einen **Kalbsteisch-Verkauf** eröffnen habe. Bei Bedarf bitte um geneigten Zuspruch. 2776b
Frau J. Schulze, Wienerstr. 16, a. Blah.
Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung unsonst.
Gudril, Vanscherplatz 2, Gfasserstr. 12.
Schlafsofa, Bettstelle, Matrassen, Kleiderständer, Wäschekorb, Spiegelständer, Spiegel, Kuchentisch, Stühle billig Reichenbergerstr. 100, v. I. Behring.

Den Genossen halte ich meine 4291E*
Masken-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen.
Grösste Auswahl Bill. Pr. Vereinen Preisermäßig.
Fr. Panknin,
Oranienstr. 178,
Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Am 20. d. M. verstarb nach längerem Krankenlager unser Kamerad 2784b
Jacob Fabinski.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, vor dem Trauerhause, Werderstr. 89, in Brüg aus statt.
Der Vorstand.
10 Mark Belohnung. 2786b
Ein photographisches Glas ist im Südringzug ab. a. d. Charlottenburger Bahnhof verloren gegangen. Abzugeben b. Kleemann, Charlottenbg., Berlinerstr. 129.

Die Räuber.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Morgen, Sonntag, den 23. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr:
Zum zweiten Male: 235/9

Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Beginn der Verloofung 1 1/2 Uhr.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.
Die bisher gekauften aber nicht benutzten Karten haben zu beiden Vorstellungen Gültigkeit.
Kaufen Sie nur echte Brauntwein. alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26
Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 4243E*

Ginseggungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzlos Zahnziehen u. Nervödten 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“
Ecke Neue Profanade
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [3961E*
Berlin SW., Glöcher-Str. 14.
Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich wieder einen **Kalbsteisch-Verkauf** eröffnen habe. Bei Bedarf bitte um geneigten Zuspruch. 2776b
Frau J. Schulze, Wienerstr. 16, a. Blah.
Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung unsonst.
Gudril, Vanscherplatz 2, Gfasserstr. 12.
Schlafsofa, Bettstelle, Matrassen, Kleiderständer, Wäschekorb, Spiegelständer, Spiegel, Kuchentisch, Stühle billig Reichenbergerstr. 100, v. I. Behring.

Den Genossen halte ich meine 4291E*
Masken-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen.
Grösste Auswahl Bill. Pr. Vereinen Preisermäßig.
Fr. Panknin,
Oranienstr. 178,
Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 21. Februar 1896, 11 Uhr.
Am Ministerische: v. Berlepsch und Kommissarien.
Die Spezialberatung des Stats für Handel und Gewerbe wird fortgesetzt.

Bei dem Titel: Renumerierung der Vorsitzenden und Stellvertreter bei den Invalideitäts- und Alters-Versicherungs-Schiedsgerichten bittet

Abg. Wachmann (nall.) um Besserstellung dieser Beamten, die heute noch ungünstiger als die richterlichen Beamten in der Justiz gestellt sind; auch möge man diese Stellen Richtern übertragen.

Minister v. Berlepsch: Der letztere Wunsch ist berechtigt; allein ganz kann man die Verwaltungsbeamten in diesen Stellungen nicht entbehren und es steht den Oberpräsidenten auch das Vorschlagsrecht zu.

Bei dem Kapitel „gewerbliches Unterrichts-wesen“ erörtert der

Abg. v. Schendendorff die Nothwendigkeit einer anderen Organisation dieser Schulen. Ueber den gestern besprochenen Streit in betreff der Trennung der Handwerkschulen sei es für den Laien schwierig, sich ein richtiges Urtheil zu bilden. Die feste Anstellung der Lehrer sei eine der wichtigsten Forderungen, deren Erfüllung dringend nöthig ist und die alljährlich hier vorgebracht werden muß, bis die Regierung sie bewilligt. Was die Errichtung neuer gewerblicher Fortbildungsschulen betrifft, so sollte mehr auf das Bedürfnis der betreffenden Landesheile Rücksicht genommen werden.

Abg. Wachmann wünscht eine Besserstellung der Navigationslehrer.

Minister v. Berlepsch hält den Wunsch für berechtigt. Allein die Finanzverwaltung widerspricht dieser Forderung, weil sie anderen Beamtenklassen dazu dienen würde, höhere Forderungen zu begründen.

Abg. Krauwinkel (nall.) bittet um eine Ausdehnung des gewerblichen Fortbildungs-Unterrichts.

Auf eine Anregung des Abg. Pleß (3.) wird vom Regierungstische versichert, daß die Regierung es sich angelegen sein lasse, tüchtige Lehrkräfte sich zu sichern. Es seien auch Verhandlungen in der Schwebe, die Gehalts- und Pensionsverhältnisse festzustellen.

Abg. Febr. v. Seeremann (3.) wiederholt die gestrigen Forderungen nach Ertheilung von Religions-Unterricht an die gewerblichen Schüler. Er dankt dem Minister für dessen Maßnahmen zu Gunsten des gewerblichen Kunstunterrichts.

Abg. Dr. Glattfalter (3.) hält namentlich die soziale Bedeutung des gewerblichen Unterrichtsweises für wichtig; der vielbesagten Verrohung der Jugend kann hier erfolgreich entgegengetreten werden; allerdings werde das ohne Inanspruchnahme der Seelsorge nicht möglich sein.

Abg. Hellisch (L.) bekämpft nochmals die Theilung der Handwerkschulen in höhere und niedere; die letzteren würden dann nur ein Pflanzthum großziehen, das nachdrücklich bekämpft werden muß.

Abg. Fißel (L.) wünscht Errichtung einer Webeschule in Lauban.

Abg. Schall (L.): Dem religiösen Bedürfnis könnte genügt werden, wenn überzogene christliche Lehrer angestellt werden, die den Schülern mit gutem Beispiel vorangehen. Sache der kirchlichen Organe werde es dann sein, sich der jungen Leute anzunehmen.

Minister v. Berlepsch: Im wesentlichen sehe ich auf dem Standpunkte des Vorredners und habe auch in diesem Sinne Anordnungen getroffen und bin auch bereit, eine generelle Anweisung in dieser Richtung zu ertheilen und mich mit dem Kultusminister in Verbindung zu setzen. Allein obligatorischer Lehrgegenstand für gewerbliche Unterrichtsanstalten kann der Religionsunterricht nicht werden.

Abg. v. Eynern (nall.) bemerkt dem Abg. Glattfalter, der den Religionsunterricht als Mittel gegen den Umsturz anpreist, daß diese Behauptung wenig Glauben verdiene, wenn das fromme Zentrum, wie das bei der Wahl in Dortmund geschehen, selbst einem Sozialdemokraten seine Stimme gebe.

Auf eine Anfrage des Abg. Schaffner (nall.) wird vom Regierungstische her erwidert, daß die Aufwendungen zu Fortbildungsschulen im Regierungsbezirk Wiesbaden in den letzten Jahren erheblich gesteigert worden sind.

Auf einen Wunsch des Abg. Schenk (fr. Ep.) erklärt der Minister v. Berlepsch, daß er eine genaue Statistik über das gewerbliche Unterrichts-wesen veranlassen werde.

Abg. Dabach (3.) führt den Nationalliberalen eine Reihe von Einzelfällen vor, in denen auch sie für Sozialdemokraten bei den Wahlen gestimmt haben.

Die Abgg. Reichardt (nall.), Euler (3.), Gothein (fr. Ep.) und v. Schendendorff (nall.) bitten den Minister, der Fachschule in Magdeburg nicht durch Entziehung der Staats-subsidien und Neu-Errichtung einer Kunstgewerbeschule den Lebensfaden abzuschneiden.

Minister v. Berlepsch und Geh. Rath Lüders legen dar, daß der Unterricht in der Fachschule mangelhaft sei.

Schließlich wird ein Antrag Sattler (nall.), der auch von dem Abg. Weise (L.) unterstützt wird, angenommen, dahingehend: die Regierung möge die Angelegenheit nochmals in Erwägung nehmen.

Die Weiterberatung wird sodann auf morgen 11 Uhr verlag; außerdem Eisenbahn-Stat.
Schluß 3/4 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 20. Februar.

Wiederum erzeugte die zweifelhafte Anwendung des Vereins- und Versammlungsgesetzes durch die Behörden eine lebhafte Debatte in der Sitzung der 2. Kammer vom 18. Februar. Der Gesangsverein „Frohe Sänger“ in Aue hatte eine Beschwerde an den Landtag gerichtet, weil er auf Grund des § 24 des Vereinsgesetzes (Zusammenbindungstrennen) aufgelöst worden ist. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation beantragte, die Beschwerde auf sich beruhen zu lassen, denn der Verein habe sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt und sei mit anderen Gesangsvereinen behufs Abhaltung eines gemeinsamen Sängersfestes in Verbindung getreten. Als Beweismaterial dafür, daß der Verein sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt habe, ließ die Deputation gelten, daß bei den beschlagnahmten Nummern des Vereins zwei Exemplare der alljährlichen Almanach-Beilage zum „Wahren Jakob“ gefunden worden seien.

Die Deputation hatte in ihrem Bericht einige humoristische Sprüche aus dem Almanach abgedruckt, die dem Abg. Stolle-Gesau Veranlassung gaben, diese Auflösungsarbeit der Polizei mit vernichtendem Spott zu überschütten und die große Gefahr, die dem Staate durch den Almanach erwachsen sei, in humoristischen Zügen zu schildern. Auch der Abg. Goldstein kritisierte scharf die Auflösungsarbeit, die sozialdemokratischen Vereinen gegenüber Platz gegriffen hat und die sich nun sogar auf harmlose Gesangsvereine erstreckt. Natürlich werden „patriotische“ Gesangsvereine, obwohl sie Sängerbünde gebildet haben,

nicht aufgelöst. Die Maßregeln der Behörden ließen darauf hinaus, so meinte Goldstein, einen Sängerbund von Arbeiter-Gesangsvereinen nicht zu Stande kommen zu lassen, während man die Zentralisation der „patriotischen“ Gesangsvereine pflegt.

Der Minister v. Meißel behauptete zum soundsobielsten Male, es werde nicht mit zweierlei Maß gemessen, obwohl diese Behauptung durch massenhafte Vorkommnisse widerlegt wird. Und der Abg. Schill verließ sich bei Begründung des Deputationsbeschlusses gar zu der Behauptung, der Verein „Frohe Sänger“ habe sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, weil die beiden Exemplare des Almanach bei ihm gefunden worden seien. Die sozialdemokratische Tendenz in Arbeiter-Gesangsvereinen äußere sich in den sozialistisch angehauchten Liedern, die dort gesungen würden. Diese sozialdemokratischen Tendenzen bewiesen, daß man sich mit Politik resp. öffentlichen Angelegenheiten befaße.

Der Abg. Geyer erklärte darauf, falls diese Begründung als zureichend erachtet werde, müßten sofort, wenn nach den Worten des Ministers nicht mit zweierlei Maß gemessen werden solle, sofort alle sogenannten nationalen und patriotischen Gesangsvereine aufgelöst werden. Denn in all diesen Vereinen würden Lieder gesungen, die im Sinne Schills politische Tendenzen verfolgten und alle diese Vereine ständen in einander in Verbindung. Außerdem meinte Geyer, es sei nichts weniger als schmeichelhaft für die Regierung, wenn der Minister erkläre, es solle mit gleichem Maße gemessen werden, die Behörden im Lande dagegen sich nach diesem Ausspruche des Ministers nicht richten, wie es in zahlreichen Fällen geschieht. Diese Wirkung seiner Definition bestritt der Abg. Schill, denn — so äußerte der gewandte Jurist wörtlich — Vaterland und Sozialdemokratie sei zweierlei.

Auch der Abg. Niethammer warf sich in die Debatte und griff die sozialdemokratische Opposition mit den unglaublich widerspruchsvollen, zum hundertsten Male von ihm aufgestellten Redensarten an.

Vom Abg. Geyer wurde ihm darauf erwidert, daß es im Lande Gelächter erregen müsse, wenn Niethammer saß in demselben Athemzuge behauptete, die sozialdemokratischen Abgeordneten seien gar keine richtigen Sozialisten und dann deren Thätigkeit als eine revolutionäre, die Volksmasse vergiftende hinstelle. Die Liberalen sollten doch an die früher von ihren Gefinnungsgenossen getriebene Opposition zurückdenken. Die Sozialdemokratie ließe in Opposition gegenüber dem bürgerlichen Staat, die Liberalen hätten in Opposition zum feudalen Staat gestanden und seien für dessen Verrückung mit der Waffe in der Hand auf die Straße gegangen, bis der feudale Staat gestürzt war.

Den nationalliberalen Heiden sind diese Reminiscenzen zwar unangenehm, aber sie schämen sich doch nicht, gegen die sozialdemokratische Opposition reaktionärer aufzutreten, als früher die Feudalen dem Liberalismus gegenüber. Es gab also wieder eine regelrechte Sozialisten-Debatte, die, von den Segnern herausgeschworen, ihnen keine Freude machte. Die Beschwerde ließ die Kammer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf sich beruhen.

Die Wahlrechtungs-Vorlage wird in der Deputation mit fabelhafter Geschwindigkeit durchgepeitscht. In drei Sitzungen war man mit der allgemeinen Debatte, die geradezu blamabel verlief, sowie mit der Spezialberatung des Entwurfs fertig. Die Sitzung, in der man die reaktionellen Feststellungen der völlig werthlosen Abänderungen vornahm, sollte sogar als eine Sitzung zweiter Lesung betrachtet werden, wie einige Abgeordnete wünschten. Ueberhaupt äußerte sich eine Zerfahrenheit und Unbeholfenheit bei der Beratung, wie sie im parlamentarischen Leben sich wohl selten zeigen dürfte. Nur dem Einspruch eines Abgeordneten, der dem Entwurf nicht zustimmt, ist es zuzuschreiben, daß die erste Lesung nicht auch als zweite betrachtet wurde. Der Vizepräsident Streit, Kammerfortschritter und alter Achtundvierziger, treibt, der Regierung zuliebe die Vorlage schnellmöglichst durchzupeitschen. Der Abg. Häder aber meinte, man müsse den Schein vermeiden, als wolle man die Sache überhastet. Als ob dies nicht schon geschehen wäre!

Gerichts-Beifung.

Die Direktionsverhältnisse des Bellealliance-Theaters wurden gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. in eingehender Weise erörtert. Es handelte sich um eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung, dessen die Theaterdirektoren Charles Maurice und Sternheim vom Schöffengericht für schuldig befunden worden waren. Beide hatten Verurteilung eingelegt, da aber der Angeklagte Sternheim zum Termine in der Berufungsinstanz nicht pünktlich erschien, so wurde sein Einspruch verworfen und gegen Maurice allein verhandelt. Am 8. Februar 1896 schlossen Maurice und der Theaterdirektor Frank mit den damaligen Inhabern des Bellealliance-Theaters, den Direktoren Sternheim und Burghof, einen Vertrag dahin ab, daß sie das Theater vom 1. Mai desselben Jahres ab pachtweise übernehmen sollten. Maurice engagierte sofort eine große Anzahl Künstler und Musiker in der Erwartung, daß ihm die polizeiliche Konzession zum Betriebe des Gewerbes nicht verweigert werden würde. Hierin fand er sich indessen getäuscht, die Polizei bewilligte ihm zwar die Konzession für das Spezialitäten- und Garten-theater, nicht indessen für das Haupttheater. Maurice gerieth dadurch in eine arge Verlegenheit, da nun seine mit den Künstlern abgeschlossenen Verträge nicht gültig waren. Jetzt ertheilte Rechtsanwält Dr. Friz Friedmann den Rath, daß der frühere Direktor Sternheim, der sich noch im Besitze der Konzession befand, wieder als Direktor eintreten sollte. Es kam auch ein Nachvertrag in diesem Sinne zu Stande. Sternheim trat wieder ein, ihm wurde ein Gehalt von 19250 M. vierteljährlich zugesichert, wogegen Maurice das Risiko des ganzen Unternehmens trug. Sternheim unterzeichnete dann nachträglich die mit den Künstlern abgeschlossenen Kontrakte und die Vorstellungen nahmen ihren Anfang. Polizeipräsidentium und Schöffengericht hatten angenommen, daß der Wiedereintritt Sternheim's nur ein Scheinmanöver sei, Maurice war zu 50 und Sternheim zu 25 M. verurtheilt worden. Im Berufungstermin gelang der Nachweis, daß Sternheim wohl die Thätigkeit eines Direktors entfaltete hatte, auch führte der Verteidiger aus, daß ähnliche Verhältnisse wie beim Bellealliance-Theater auch beim Schiller-Theater und beim Königl. Theater beständen.

Der Gerichtshof gewann nicht die Ueberzeugung, daß ein Scheinvertrag vorliege, hob das erste Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung.

Von grundsätzlicher Bedeutung für Molkereien ist eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung (Sonntagruhe), welche gestern die 6. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. beschäftigte. Der Geschäftsführer Emil Vektor,

welcher die dem Oekonomierath Grub gehörige Milch-Anstalt am Viktoriapark leitet, wurde beschuldigt, am Sonntag, den 6. Oktober, einen Kutscher Milch zu festen Kunden noch um 11 Uhr vormittags haben ausfahren zu lassen. Die Anklage fand darin einen Verstoß gegen § 12 Abs. 2 der Polizei-Verordnung vom 21. März 1895 über die „Sonntagruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes“. — Rechtsanwält Dr. Julius Stadthagen hatte für den Angeklagten in erster Instanz geltend gemacht, daß der angeführte § 12 Abs. 2 der Verordnung vom 21. März 1895 eine Ausnahme von dem in § 105 b Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung vorausgeschickten gänzlichen Verbot der Sonntagsbeschäftigung statuiere und daher nur Anwendung finde, wenn es sich um einen Betrieb der in § 105 g Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung angeführten Arten handelt. Dies sei hier nicht der Fall. Es handele sich hier nicht um ein Handelsgewerbe, wie es etwa bei der Bolle'schen Molkerei vorliege, sondern um einen Kuhstall, aus welchem das rohe Erzeugniß — die Milch — unverarbeitet frisch verkauft und an Sonntagen nur auf vorherige Bestellung hin an Kunden ausgefahren wird. Der Arbeitsraum eines solchen landwirthschaftlichen Betriebes sei auch keine Fabrik und keine Werkstätte, deshalb solle auch das Ausfahren des Erzeugnisses nicht unter den Begriff des Betriebes einer Fabrik oder Werkstätte. Das Schöffengericht hatte sich dieser Anschauung angeschlossen und auf Freisprechung erkannt, der Staatsanwalt aber Berufung eingelegt. Bei der gestrigen Verhandlung vor der Berufungsinstanz wurde erwogen, ob das Verfahren des Angeklagten unter eine der verschiedenen neueren Bestimmungen über die Sonntagruhe oder aber unter die allgemeinen Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 24. November 1893 falle. Rechtsanwält Dr. Stadthagen führte wiederum aus, daß hier kein Handelsgewerbe, kein „Betrieb“ und keine Werkstätte vorliege und machte, unter Berufung auf ein Gutachten des Professors Dr. Feubner auf das hygienische Bedenken aufmerksam, wenn es unmöglich werden sollte, eine solche auf Grund ärztlicher Anordnung für die künstliche Ernährung von Säuglingen bestimmte Milch an den Sonntagen zu erpediren. Die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung von 1893 träfen nicht zu, weil die eleganten Wagen der Molkerei auf Federn ruhen und lange nicht so viel Geräusch machen wie z. B. ein Omnibus. Sollte auf Grund jener Verordnung das Fahren solcher Wagen an Sonntagen überhaupt verboten sein, dann dürften auch keine Droschken fahren, denn diese dienen auch dem Gewerbebetriebe der Fuhrunternehmer. — Der Gerichtshof erachtete diese Ausführungen als durchgreifend und erkannte auf Verurteilung der Berufung des Staatsanwalts.

Gewerkschaftliches.

An die Lederarbeiter, Weißgerber, Lohgerber, Färber und Berufsgenossen aller Länder!

Kollegen! Das unterzeichnete Komitee zur Einberufung der internationalen Konferenz hat die ersten Vorarbeiten erledigt und einen Rufus erlassen, worin sämtliche Organisationen ersucht werden, auf der Konferenz vertreten zu sein.

Es haben nun die Kollegen aller in betracht kommenden Länder, außer den Kollegen in Dänemark und Luxemburg, noch kein Lebenszeichen von sich gegeben. Wir erlauben daher die Kollegen aller Länder, die Frage der Beschickung oder Nichtbeschickung schnelligst zu berathen, sowie Anträge zur Konferenz spätestens bis zum 1. Mai an uns gelangen zu lassen.

Berufsgenossen aller Länder! Jeder Tag zeigt uns, wie nothwendig es ist, daß wir uns mehr und mehr nähern, wir müssen Fühlung nehmen und uns in jeder Form zu unterstützen suchen. Weil unsere Interessen überall die gleichen sind, müssen wir sie auch gemeinsam und planmäßig wahren und vertreten.

Das Einberufungskomitee hat deshalb als Grundlage zur Konferenz in Vorschlag gebracht:

1. Schaffung nationaler Berufsorganisationen.
2. Regelung des Reise-Unterstützungsweises.
3. Unterstützung in jeder Form bei Streiks.
4. Einsetzung eines internationalen Sekretariats.

Um nun der Konferenz eine Grundlage für nutzbringende Beratungen und Anregungen zu geben, möchten wir jede Delegation eines Landes verpflichten, einen schriftlichen Bericht abzufassen und denselben so zeitig als möglich an das Komitee einzusenden.

Diese Berichte müssen möglichst die Zahl der im Lande befindlichen Lederarbeiter aufweisen, ferner die Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse, die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit und den Stand der Organisation.

Ferner legen wir Werth darauf, daß Angaben über die gesetzlichen Bestimmungen gemacht werden, welche die Gründung von Organisationen, Agitation u. s. w. begünstigen oder erschweren.

Wollen wir nach dieser Richtung und gegen das Ausbeutenthum mit seinen Praktiken und Kniffen uns wehren, so müssen wir uns unbedingt persönlich zusammenfinden und aussprechen. Versäumt also nirgends, in keinem Lande, einen Vertreter nach Berlin zu schicken.

Die Konferenz wird am 8. August, vormittags 9 Uhr, in Berlin (Martenbad), Badstr. 85, abgehalten, also vor dem Kongress der Lederarbeiter Deutschlands, welcher jedenfalls am 10. August stattfindet.

In der zuverlässigen Hoffnung, daß dieser Appell seine Wirkung nicht verfehlen wird, und weil wir wissen, daß Ihr in denselben gedrückten Verhältnissen lebt wie wir, und Ihr und wir nur einen Feind — den Kapitalismus — haben, rufen wir Euch Allen zu: „Auf denn zur ersten internationalen Konferenz der Lederarbeiter in Berlin.“

Mit solidarischem Gruß

Das Komitee zur Einberufung der internationalen Lederarbeiter-Konferenz.

J. A. M. Arndt, Berlin, Soldinerstr. 88, IV.

Die Arbeiterblätter des In- und Auslandes werden um Abdruck gebeten.

Metallarbeiter des Westens von Berlin, die dem Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend beitreten wollen, können sich in Schöneberg bei Obst, Grunewaldstraße 110, ferner bei Gabriel, Grunewaldstraße 121, bei Werner, Bülowstraße 59 und bei Rihing, Bellealliancestr. 74, aufnehmen lassen.

Achtung! Werkzeugschlosser, Schmitte- und Stanzmacher! Da die Verhandlungen mit den Jobritanten erst heute früh 10 Uhr stattfinden, so kann die Versammlung der Streitenden erst Nachmittag 3 Uhr bei Henke, Rumpenstr. 27 abgehalten werden. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Räther, N., Ruckamerstraße 44.

Achtung Maurer! Im Treptower Park (Ausstellung) werden die Maurer gezwungen, wochentags bis 9 oder 10 Uhr abends sowie auch Sonntags zu arbeiten. Wer es nicht will, wird von den Postieren Jaagen, Fiedler, Golsow und Seitz entlassen. Beim Polier Heinrich Fiedler sind am Donnerstag,

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.
General-Versammlung.

Montag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Ecke Burg- u. Wolfgangstraße:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Befolgung des ersten Vorsitzenden.
 2. Die gegenwärtigen Streiks.
 3. Stellungnahme zum 1. Mai.
 4. Beschlußfassung über die beim Vorstand eingehenden Unterstützungsgefühle.
 Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
 Kollegen! Obige Versammlung wird Beschlüsse zu fassen haben, welche sowohl für jedes Mitglied, als auch für die Organisation im allgemeinen von weitestgehender Bedeutung sind. Wir fordern deshalb alle unsere Mitglieder, welche an der Entwicklung und dem Gedeihen unserer Organisation ein Interesse haben, hierdurch auf.
 Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung der Schrauben-, Façondreher und Berufsgenossen
 am Dienstag, 25. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Henke, Mannsstr. 27.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiffin. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes.
 NB. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann. W. Nothe, Lausitzerstr. 16.

Achtung! Achtung!
 Die Versammlung der streikenden Werkzeug-Schlosser, Schmitte- und Stanzenmacher findet erst heute, nachmittags 3 Uhr, bei Henke, Mannsstr. 27, statt.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter
 Otto Harther, N., Anklamerstr. 44.

Achtung, Zimmerer!
 Die zum Sonntag geplante öffentliche Versammlung findet nicht statt, da uns keine großen Säle mehr zur Verfügung standen. Es finden deshalb in sämtlichen Zahlstellen Morgensprachen statt. Wir ersuchen unsere Berufsgenossen, dieselben rege zu besuchen.
Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Montag, den 24. Februar 1896, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Oranienstr. 51:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Diskussion über den Antrag Seibt. 2. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Sämtliche Werkstatt-Delegierten werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen, welche noch Weihnachtsbillets haben, werden ersucht, Sonnabend, den 22. d. M. abends, bei Voelker, Mannsstr. 78, abzurechnen.
 Der Vorstand.

Sonnabend, den 29. Februar, in den gesammten Räumen des Lokals von Schneegelsberg, Hasenheide:
Grosser Wiener Maskenball
 Billets à 50 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Vereinslokal, Mannsstr. 78, zu haben.
 Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Versammlung am Montag abend ausfällt. Jedoch werden die Kollegen ersucht in den
Öffentlichen Versammlungen
 am Montag, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18a und bei Märschel, Schönhauser Allee 28, recht zahlreich zu erscheinen.
 In der Nähmaschinen-Fabrik von Laborenz, Rixdorf, sowie bei Schoy, Mariannenstr. 31/32, sind Differenzen ausgebrochen. Heute Abend werden in den bekannten Zahlstellen Flugblätter verteilt; die Kollegen werden gebeten, für die weiteste Verbreitung derselben Sorge zu tragen, sowie ferner den Streikfonds nicht vergessen zu wollen.
 Der Vorstand.

Drechsler!
Lugnumöbel- u. Galanteriewaaren-Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Große öffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 23. Februar, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brochnow, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung: 1. Die Lohnbewegung unter den Drechslern und der Lugnumöbel-Branche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vertrauensmann.

Stock-Arbeiter.
 Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Um rege Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.
 Da es mir infolge von Maßregelung nicht möglich ist, Arbeit zu erhalten, habe ich mich als Schuhmacher eingerichtet und bitte alle Freunde und Genossen um geneigten Zuspruch. Otto Rösicke, Wienerstr. 29, S. part. 2790b

Georg Wagner
 Uhrmacher jetzt Reichenberger-Str. 23, nahe Kottbuscher Thor, Uhren, Goldwaaren etc., sowie alle Reparaturen.

Deutscher Portier.
 Dessert- u. Malzkrautbier 1. Ranges. Brauerei Burghalter, Potsdam, gear. 1736, befond. f. Glutarme, Brustkr., Bleichsüchtige, Wächnerinnen, Refrakovalent. u. das leicht bekömmlichste, nahrhaft, kräftigste Bier. Ist blutbild. u. desh. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtszunahme über. 14 Flaschen drei, 50 zehn Mark exkl. In Gebinden (1/4, 1/8, 1/16) zum Selbstabziehl. wesenl. billiger. Allein-Verkaufsstelle f. Berlin u. Provinz: Portierkellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht die Flaschenanzahl, die Qualität entscheidet!

Herren-Hüte 65 Pf.
 mit unbedeutenden Fehlern. Bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir Barnimstr. 4, Müllerstr. 12c.

Neu eingetroffen!
 Stoffs u. weiche Herrenhüte: Mt. 1.-; 1,50; 1,75; 2.-; 2,50; 2,80; 3,50; 4.-
 Einsegnungshüte, neuestes Façon, Mt. 1,50; 1,75; 2.-
 Elegante Cylinder: Mt. 5.-; 6.-; 7,50; 10.-; 12.-. Kein Laden.
 H. Gabriel, Hut-Engros-Geschäft, Grüner Weg 112, a. d. Markushstraße.

Guten Morgen!
 Jede zum Kauf bei mir ergebenst ein.
Carl Schindler
 55. Chausseestr. 55. A. III 8917. (Nordb., Vidre, Cognac, Rum, Ungarw.)
 Täglich, (auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr): 44229*
Verkauf von gefoxtem Rind- u. Schweinefleisch à 30-40 Pf. pr. Pfd., Ia. Berliner Bratenjshmalz à 45 Pf. pr. Pf. und bestem Speisetalg à 35 Pf. per Pfd.
 Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof.

Jede Uhr
 reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Vincenz.
Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.
Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Klippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 4261 L* H. F. Dinslage, Kottbuscherstr. 4. Hof part.
Reell und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hittschke, gegründet 1872, Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuscher Thor. 42709*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin) wird g
Achtung! Achtung! **Sorgt für Zahl- u. Streikbeiträge.**
Achtung! Beitragsammler!
 Wir ersuchen im Anfang jeder Woche mit den Kassieren Grunert und Micks abzurechnen.
Moabit. Bezirks-Versammlung
 am Sonntag, 23. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9.
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Bewegung und wie gedanken wir die bewilligten Forderungen festhalten? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Es ist Pflicht aller Kollegen, auch der Nichtmitglieder, zu erscheinen. Besonders sind die Kollegen aus den Maschinen-Fabriken f. Löwe & Co., Anhaltische Maschinen-Fabrik, Gorkig, Siemens & Halske hierzu eingeladen.

Das Streikbureau befindet sich Sebastianstraße 39 bei Brochnow.
 Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:
Für den Norden:
 Ruppinerstr. 44 bei Raabe. Treßdowstr. 24 bei Schmidt. Potthammerstr. 67 bei Dieke. Schwedterstr. 33 bei Letzko. Müllerstr. 7a bei Kleinert. Bergstr. 60 bei Hilgenfeld. Thurmstr. 84 bei Holzbäcker. Birkenstr. 28 bei Kluge. Stettinerstraße, Ecke Weßermannstraße bei Peterson.
Für den Osten:
 Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann. Blumenstr. 38 bei Wiedemann. Frankfurter Allee 90 bei Zabel. Koppenstr. 47 bei Lorenz. Langestr. 65 bei Tempel. Landsberger Allee 27a bei Lange. Elisabethstr. 65 bei Lange.
Für Süd-Ost:
 Euvrystr. 25 bei Erbe.
Für den Westen:
 Ritterstr. 123 bei Stramm. Mannsstr. 86 bei Strell. Grünauerstr. 3 bei Holz. Böcklinger- und Sorauerstraßen-Ecke bei Tolksdorf. Pädlerstr. 55 bei Schilling. Dieffenbachstr. 31 bei Gauls. Manteuffelstr. 69 bei Brödenfeld. (Daselbst befindet sich auch die Bibliothek der Drechsler.) Köpnickestr. 194 bei Reichert.
Für den Westen:
 Mittenwalderstr. 16 bei Imhoff. Culmstr. 36 bei Paulsch. Belle-Allianceplatz 6 bei Hilschor.
Für Friedrichsberg:
 Friedrich-Str. 11 bei Heinicke.
Für Himmelsburg:
 Kant- und Türschmidstraßen-Ecke bei Schröder.
 Jeden Sonnabend: Zahlabend. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Drei öffentliche Versammlungen.
 1. Sonntag, den 23. Februar, vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
 Tages-Ordnung:
 Das Verhalten der Meister des „Nordring“ gegenüber dem Beschluß der Meister-Versammlung im Böhmisches Brauhaus.
 Hierzu sind die Meister des „Nordring“ eingeladen.
 2. und 3. Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr: **Konzerthaus Hanssouci, Kottbuscherstr. 4a. Keller's Festsäle, Koppensstraße 29.**
 Tages-Ordnung:
Der Stand unserer Bewegung.
 Jeder Kollege erscheine. Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!
Öffentl. Versammlung
der an Holzbearbeitungs-Maschinen u. auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter
 am Sonntag, den 23. Februar 1896, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstraße 21.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Lage des Streiks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.

Rixdorf! Holzarbeiter! Rixdorf!
 Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in den Victoria-Bälen, Hermannstraße 48-50:
Gr. öffentl. Holzarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der gegenwärtige Stand unserer Streikbewegung. 2. Diskussion. Die Vertrauensleute werden darauf hingewiesen, daß in den bekannten Zahlstellen am Sonnabend die Listen abzurechnen sind, sowie am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Streikbureau zur Verabreichung zu erscheinen.
 Das Comitee.

Charlottenburg.
 Sonntag, 23. Februar, vorm. 11 Uhr, Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Öffentl. Holzarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung der Tischler. 2. Wann stellen wir unsere Forderung?
Achtung! Charlottenburg. Achtung!
 Sonntag, 23. Februar, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39; Auftreten der Theater-Gesellschaft Strzelewicz.
 Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Nach der Vorstellung: Gr. Ball
 Hochachtungsvoll H. Wernicke.